

# mo

MAGAZIN FÜR  
MENSCHENRECHTE NR. 78

SOS  
Mitmensch

**MEDIEN**  
**BLAUES**  
**PARALLELUNIVERSUM**

**GESELLSCHAFT**  
**DIE MÄNNER-**  
**FRAGE**

**DEMOKRATIE**  
**MONIKA SALZER**  
**IM GESPRÄCH**

**DOSSIER:**

**WOZU NOCH**  
**FEMINISMUS?**

KOLPORTRAGE DAVON 1,50 EURO  
3,00€

# Was MO-Kolporteur:innen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



*P.M. Hoffmann / Thyra Veyder-Malberg*

**SOS**  
Mitmensch

JETZT SPENDEN!  
IBAN: AT12 2011 1310 0220 4383  
BIC: GIBAAATWWXXX



Foto: Christopher Mavrič

Das MO-Magazin bat Brigitte Handlos, Lea Susemichel, Gertraud Klemm und Nadja Riahi zu einem Gespräch über die (Miss-)Erfolge des Feminismus.

## Liebe Leser:innen,

fünf Wochen lang hing das Damokles-Schwert einer Blau-Schwarzen Regierung, geführt von Herbert Kickl, über den Köpfen vieler Menschen, die sich – wie sich in den Koalitionsverhandlungen zeigte, zurecht – Sorgen um die demokratischen Grundpfeiler unseres Landes und um die Einhaltung der Menschenrechte machten. Nun scheint diese Regierungskonstellation (vorerst) vom Tisch. Welche nun kommen wird, steht zu Redaktionsschluss noch nicht fest. Doch eines ist gewiss: Es wird viel Arbeit brauchen, von uns allen. Denn wie Monika Salzer im Gespräch mit dem MO-Magazin unterstreicht: Wir alle sind die Demokratie! Bringen wir uns ein, im Kleinen wie im Großen, führen wir Gespräche und debattieren, engagieren wir uns, nehmen wir Sorgen ernst, zeigen wir uns empathisch und solidarisch, entwerfen wir gemeinsam ein Zukunftsbild dieses Landes. Wäre doch eine schöne Vorstellung, wenn Österreich als positives Beispiel hervorgeht wo sich die Parteien und wir als Gestalter:innen dieser Gesellschaft „zusammenraufen“ und in Sachen Menschenrechte, Wirtschaft, Klima und Demokratie zu einer Inspirationsquelle werden. Oder?

Auch im MO-Magazin werden wir uns den Zukunftsthemen widmen. Dieses Mal nehmen wir den Feminismus unter die Lupe – wobei es nicht „der eine“ Feminismus ist, sondern unterschiedliche Vorstellungen und Bestrebungen, wie auch in den Beiträgen deutlich wird. In den nächsten Ausgaben werden wir uns den Schwerpunkten Bildung und Demokratie widmen. Ich wünsche Ihnen einen zuversichtlichen Blick auf die kommende Zeit!

Milena Österreicher, Chefredakteurin



Foto: Christopher Mavrič



Foto: Karin Wasner



Illustration: MJ

## Einstieg

### 2 CARTOON

MO und die Perspektivenlosigkeit.

### 3 EDITORIAL

### 6 NACHGEFRAGT ...

... bei DÖW-Leiter Andreas Kranebitter.

### 7 HANDLUNGSBEDARF

Nach dem Beinahe-Supergau.

### 8 SOS MITMENSCH: NEWS

Erfolgreiche Mobilisierung gegen Blau-Schwarz / Mein Wien, meine Wahl, Pass Egal / Aufruf für Pass Egal Wahl an Wiener Schulen / Wichtiger Kampf gegen Radikalisierung

## DOSSIER: FEMINISMUS

### 10 WOZU FEMINISMUS?

Eine Zusammenschau verschiedener Stimmen.

### 13 DIE EWIGEN BAUSTELLEN

Viele Forderungen des ersten Frauen-Volksbegehrens sind immer noch offen.

### 16 PFLASTER ÜBER KLAFFENDE WUNDEN

Streitgespräch unter Feministinnen.

### 21 DIE MÄNNER-FRAGE

Haben wir als Gesellschaft ein Männer-Problem?

### 24 MÜTTER, APPLAUDIERT EUCH!

Gleichstellung hört spätestens dort auf, wo Muttersein beginnt.

### 27 ZWISCHEN GESETZ UND GERECHTIGKEIT

Anwältin Helene Klarer über Baustellen im Familienrecht.

### 30 „OHNE FRAUEN GIBT ES KEINE DEMOKRATIE“

Omas gegen Rechts-Gründerin Monika Salzer im Gespräch.

## Welt

### 33 „UND, WANN GEHT IHR WIEDER ZURÜCK?“

Die syrische Exil-Gemeinschaft unter Druck.

### 36 BLAUES PARALLELUNIVERSUM

Das große Netzwerk extrem rechter Medien im Umfeld der FPÖ.

### 40 „ICH WERDE MORGEN DARÜBER NACHDENKEN“

Die große Ungewissheit der Ukrainer:innen in Österreich.

## Rubriken

### 42 KOLUMNEN

*Martin Schenk:* Schritt für Schritt.

*Philipp Sonderegger:* Ein Jahr EBM.

*Vanessa Spanbauer:* Vom Ausbrennen und Finden.

### 44 SERVUS ALAYKUM

Das ist zu wenig.

### 45 DOSSIERMEDIEN

Gender ist ziemlich strange / Und alle so still

### 46 ANDERE ÜBER ...

*Kommentar:* ÖGB-Bundesgeschäftsführerin

Helene Schuberth über die Budgetkrise.

Brillen.manufaktur<sup>®</sup>

1070 Wien, Neubaugasse 18  
brillenmanufaktur.info

SCHARENET

## Benefiz-Auktion zeitgenössischer Kunst zugunsten von SOS Mitmensch

**vor-  
merken!**

**25**

**KUNST  
AUKTION  
2025**

Mitbieten: 27. Mai bis 5. Juni 2025 online unter  
[www.dorotheum.com/sos2025](http://www.dorotheum.com/sos2025)

Besichtigung: 3.6., 14 bis 21 Uhr & 4.6., 9 bis 19 Uhr  
Aula der Wissenschaften, Wollzeile 27a, 1010 Wien

[www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)

**SOS**  
Mitmensch

## NACHGEFRAGT

# Rechtsextreme Verflechtungen

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) präsentierte Anfang des Jahres seinen Rechtsextremismusbericht. DÖW-Leiter Andreas Kranebitter über die Verbindungen der FPÖ und rechtsextreme Rekrutierungsfelder.

INTERVIEW: MILENA ÖSTERREICHER

## Wann ist eine Aussage oder Ideologie rechtsextrem?

Wir verwenden eine sozialwissenschaftliche Definition, die auf drei zentralen Dimensionen basiert: Autoritarismus, Antiegalitarismus und Ethnozentrismus. Autoritarismus beinhaltet ein hierarchisches Weltbild mit antidemokratischen und gewaltaffinen Tendenzen. Antiegalitarismus richtet sich gegen jegliche Form von Gleichheit, da eine vermeintlich natürliche Ungleichheit zwischen Gemeinschaften oder Völkern angenommen wird. Ethnozentrismus geht mit der Vorstellung einer überlegenen ethnischen Einheit einher.

## Im Bericht, den das DÖW im Auftrag des Innen- und des Justizministeriums verfasste, wird vielfach die FPÖ erwähnt. Wie stark ist ihre Verflechtung mit dem Rechtsextremismus?

Es war nicht unser Auftrag, die FPÖ explizit als Partei zu untersuchen. Doch es zeigen sich in ihrem Fall definitiv Verbindungen zur außerparlamentarischen rechtsextremen Szene. Diese politische Haltung ist insbesondere seit 2019 sichtbar, als FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz das Ende der „Distanziererei“ verkündete. Wenn FPÖ-Ver-



Der Soziologe und Politologe Andreas Kranebitter ist seit 2023 wissenschaftlicher Leiter des DÖW.

treter:innen sich nun gemeinsam mit Identitären abbilden lassen oder eine „White Power“-Geste zeigen, die als „OK“-Zeichen verharmlost wird, sind die Verbindungen offensichtlich. Dennoch war unser Bericht breiter angelegt.

## Welche weiteren Bereiche wurden untersucht?

Wir haben den Neonazismus als eigenständiges Phänomen in Österreich analysiert. Dabei ging es auch darum, Subkulturen auf ihr Rekrutierungspotenzial hin zu untersuchen: Wo entstehen neue Allianzen? Wo gibt es Anwerbefelder, etwa im Kampfsport oder Fußball? Unsere Untersuchung erstreckte sich zudem auf Randbereiche des Rechtsextremismus und ideologische Allianzen, etwa im rechtskatholischen Milieu. Dabei wird nicht pauschal jede Form dieser Strömungen als rechtsex-

trem bezeichnet. Natürlich ist Fußball nicht rechtsextrem, das wäre ja absurd, doch gibt es dort nachweislich Rekrutierungsmöglichkeiten für rechtsextreme Gruppen wie „Unsterblich Wien“ und die „Tanzbrigade“.

## Vor kurzem beschied das Handelsgericht Wien, dass die FPÖ das DÖW als „pseudowissenschaftlich“ bezeichnen dürfe. Wie bewerten Sie das?

Wichtig ist festzuhalten: Das Gericht stellte nicht fest, dass unsere Arbeitsweise pseudowissenschaftlich sei, sondern betonte lediglich, dass Wissenschaftler:innen wie wir als „Public Figures“ öffentliche Kritik aushalten müssen. Wir halten das für falsch. Als Wissenschaftler:innen müssen wir auch öffentlich unsere Expertise teilen, das ist nicht mit Politiker:innen gleichzusetzen. Die Bezeichnung war aus unserer Sicht eine politische Diffamierung, die kreditschädigend ist. Solche Angriffe haben reale Konsequenzen: Wir finanzieren uns auch durch Drittmittelprojekte und Spenden. Doch es geht nicht nur um das DÖW, sondern um die Wissenschaft insgesamt. Daher ist es wichtig, diese Rechtsfrage durch alle Instanzen zu klären.

# Nach dem Beinahe-Supergau

Fast wäre es zur blau-schwarzen Katastrophe für Demokratie und Menschenrechte gekommen. Jetzt braucht es Schritte, damit dieses Szenario nicht demnächst wieder kommt.

TEXT: ALEXANDER POLLAK

**F**ür kurze Zeit schien es, als wäre Herbert Kickl an seinem Ziel angelangt. Fast genau achtzig Jahre nach Gründung der Zweiten Republik willigte die ÖVP in Gespräche zur Bildung einer Regierung unter einem rechtsradikalen Identitärenförderer als Bundeskanzler ein. Das Resultat wäre ein demokratiepolitischer Supergau gewesen. Grundpfeiler der österreichischen Demokratie, wie die Unabhängigkeit der Justiz, die Einhaltung der Verfassung, die Pressefreiheit und die Grundrechte einer kritischen Zivilgesellschaft, wären bedroht gewesen. Auch soziale Rechte, Frauenrechte, Antirassismus, Umweltschutz und viele weitere wichtige menschenrechtliche Errungenschaften wären massiv unter Druck geraten. Aus Österreich wäre zudem mit einem Schlag ein Land geworden, das aktiv zur Schwächung und Zerstörung der Europäischen Gemeinschaft beigetragen hätte. Nach knapp fünf Wochen war der Spuk der blau-schwarzen Verhandlungen zu Ende. Doch damit ist die Geschichte nicht zu Ende. Die extreme Rechte lauert auf ihre nächste Chance, in einer Welt, die immer krisenbehafteter und chaotischer wirkt. Wäh-

rend es lange Zeit Russland war, das Europa durch Krieg, Sabotage, Desinformationskampagnen und die Förderung extremistischer Kräfte zu destabilisieren versucht hat, mischt jetzt auch die USA mit. Die Regierung Trump betreibt, unter dem Jubel von AfD und FPÖ, Stimmungsmache für rechtsextreme und europafeindliche Gruppierungen. Hinzu kommen die mörderischen Aktivitäten islamistischer Terrorgruppierungen, die Angst und Unsicherheit verbreiten und eine gesamtgesellschaftliche Radikalisierung erreichen wollen. Umso wichtiger ist es, dass jetzt die demokratischen Länder Europas und anderer Teile der Welt selbstbewusst, menschenrechtskonform und kooperativ handeln. Die Zusammenarbeit der Länder und der demokratischen Parteien in diesen Ländern ist die einzige Chance, ein starkes und nachhaltiges Gegengewicht zu antidemokratischen Bestrebungen zu bilden. Das heißt für Österreich ganz konkret: ÖVP, SPÖ, NEOS und Grüne müssen kooperieren – und zwar über die Bildung formeller Koalitionen hinaus. Die teilweise erheblichen Unterschiede, die es zwischen den vier Parteien gibt, sollen dabei nicht unkenntlich gemacht wer-



Illustration: Petja Dimitrova

den. Im Gegenteil, diese Unterschiede sollen gezeigt und erklärt werden, genauso wie die Notwendigkeit von Kompromissen erklärt werden soll. Diese Kompromisse dürfen nicht in politischer Lähmung münden. Es soll nicht nur um den kleinsten gemeinsamen Nenner gehen. Stattdessen sollen sich die demokratischen Parteien gegenseitig Spielräume für Erfolge zugestehen. Zudem braucht es zum Schutz unserer Demokratie auch eine bessere verfassungsrechtliche Absicherung wichtiger demokratischer Grundpfeiler. ÖVP, SPÖ, NEOS und Grüne müssen mit der breiten Verfassungsmehrheit, die sie derzeit haben, sicherstellen, dass es einer antidemokratisch gesinnten Regierung hinkünftig nicht mit einfacher Mehrheit gelingen kann, unsere Demokratie zu zerstören. So sollte etwa die unabhängige Arbeit der Justiz besser abgesichert werden, ebenso die Unabhängigkeit des ORF als ein wichtiges journalistisches Leitmedium in Österreich. All das würde zu einem Mehr an demokratischer Stabilität und Zukunftssicherheit beitragen. In einem Österreich, das sich, so wie auch Europa, an einem historischen Kipppunkt befindet.

## DEMOKRATIE I

## Erfolgreiche Mobilisierung gegen Blau-Schwarz!

Unsere eindringlichen Mahnungen, Proteste, Recherchen und Mobilisierungen gemeinsam mit vielen anderen Akteur:innen der Zivilgesellschaft haben dazu beigetragen, das Schreckensszenario einer rechtsextrem geführten Bundesregierung abzuwenden. Eine solche Regierung wäre nicht nur ein politischer Dammbbruch gewesen, sondern hätte katastrophale Folgen für Demokratie und Menschenrechte gehabt. So berechtigt das Aufatmen über das Ende der Gespräche zwischen FPÖ und ÖVP ist, so wichtig muss auch die Klarheit darüber sein, dass die rechtsextreme und antidemokratische Gefahr damit keineswegs dauer-



SOS Mitmensch mobilisiert für den Schutz der Demokratie.

haft gebannt ist. Unsere Demokratie ist so angreifbar wie noch nie in der Zweiten Republik. Es braucht weiter Druck der Zivilgesellschaft, damit diese Krise überwunden werden kann. Das Heft des Handelns muss wieder von jenen Personen und Parteien übernommen werden, die zu den Grundfesten unserer Demokratie stehen!

Jetzt geht es darum, positive Lösungen für eine gute Zukunft zu erarbeiten. Für den Schutz der Demokra-

tie, stabile Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit, bessere Bildungs- und Ausbildungschancen, ein gutes Gesundheitssystem, die Stärkung von Mädchen- und Frauenrechten, Antirassismus, Klimaschutz, einen fairen Zugang zu Staatsbürgerschaft und demokratischer Beteiligung, leistbares Wohnen und ein funktionierendes Zusammenleben. Für all das und vieles mehr müssen wir die kommenden Jahre mit vollem Einsatz kämpfen!

## DEMOKRATIE II

## Mein Wien, meine Wahl, Pass Egal!

Nirgendwo sonst in Österreich sind so viele Menschen vom Wahlrecht ausgeschlossen wie in der Bundeshauptstadt Wien. Über ein Drittel der Bevölkerung im Alter von über 16 Jahren darf nicht politisch mitbestimmen. Viele der mehr als 610.000 Betroffenen leben schon lange in Wien oder sind sogar hier geboren.

Deshalb stellt SOS Mitmensch gemeinsam mit Kooperationspartner:innen, trotz der kurzfristigen Vorziehung der Wiener Gemeinderatswahlen, erneut eine Pass Egal Wahl auf die Beine. Ab 27. März sollen auch jene Menschen,



Spot mit Dirk Stermann und Safira Robens für die Wiener Pass Egal Wahl.

die offiziell kein Wahlrecht haben, symbolisch ihre Stimme abgeben können. Dazu wird es in Wien zahlreiche Wahllokale geben. Höhepunkt wird ein großes Abschlussfest am 23. April am Yppenplatz sein, mit Music Acts und der

finalen Möglichkeit zur Stimmabgabe. Informationen zur Wiener Pass Egal Wahl, zu allen Wahlmöglichkeiten und zum Abschlussfest finden Sie auf unserer Webseite: [www.passegalwahl.at](http://www.passegalwahl.at) Zur Erinnerung: Die Pass Egal Nationalratswahl 2024 von SOS Mitmensch endete mit einer überwältigenden Rekordbeteiligung. Fast 20.000 Menschen mit Pässen aus 120 Ländern nahmen teil. Auch 74 Schulen hielten in Kooperation mit SOS Mitmensch eigene Pass Egal Wahlen ab. Kämpfen wir gemeinsam für eine inklusive Demokratie!

## DEMOKRATIE III

## Aufruf für Pass Egal Wahl an Wiener Schulen

Jugendliche betrifft der zunehmende Wahlausschluss ganz besonders. Fast 20.000 Schüler:innen im Wahlalter von über 16 Jahren sind in Wien von der kommenden Gemeinderatswahl ausgeschlossen. Die meisten dieser jungen Menschen haben fast ihr ganzes Leben in Österreich verbracht, mehr als jede:r Dritte ist sogar bereits hier zur Welt gekommen. Traditionelle Vermittlungskonzepte an Schulen stoßen zunehmend an ihre Grenzen. Lehrer:innen, die vor ihre Klassen treten, um den Kindern und Jugendlichen klarzumachen, dass „ihre Stimme zählt“ oder zählen wird, sind mit der Situation konfrontiert, dass dies immer öfter für einen großen Teil der Klasse nicht zutreffend ist. Aus diesem Grund hat SOS Mitmensch gemeinsam mit dem Institut Urban Diversity Education der Pädagogischen Hochschule Wien ein Konzept zur



Jetzt die eigene Schule für die Pass Egal Wahl anmelden!

Durchführung von Pass Egal Wahlen an Schulen entwickelt. Damit wird der immer größer werdende Anteil jener Schüler:innen berücksichtigt, die mit ihrem 16. Geburtstag nicht das Wahlrecht erhalten. Schulen werden dabei begleitet, die Simulation einer demokratischen Wahl durchzuführen und sich dabei kontrovers mit dem Wahlausschluss auseinanderzusetzen.

Interessierte Schulleiter:innen und Lehrer:innen können sich unter der E-Mail-Adresse [pass-egal-wahl@sosmitmensch.at](mailto:pass-egal-wahl@sosmitmensch.at) für die Pass Egal Wahl an Schulen anlässlich der Wiener Gemeinderatswahl anmelden und Infos anfordern.

## TERROR

## Wichtiger Kampf gegen Radikalisierung

Der menschenverachtende islamistisch motivierte Terroranschlag von Villach hat einen jungen Menschen aus dem Leben gerissen und fünf weitere Menschen schwer verletzt. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen. Solche Hassverbrechen, die unermessliches Leid anrichten, müssen mit den schärfsten Mitteln unseres Rechtsstaates bekämpft werden! Der Kampf gegen Hass, Radikalisierung und Gewalttaten muss höchste Priorität haben. Dazu ist vorbeugende Arbeit wichtig, wie etwa Jugendlichen eine Perspektive zu geben, sie nicht in Isolation

ableiten zu lassen, in Schulen und Religionsgemeinschaften aufzuklären und gefährdete Jugendliche anzusprechen. Zudem müssen soziale Medien viel stärker in die Pflicht genommen werden, radikalisiertes Material zu entfernen. Dort, wo Radikalisierung erkennbar ist, müssen Exekutive und Justiz entschieden eingreifen.

Nicht zielführend, sondern strikt abzulehnen ist demgegenüber das Schüren von Generalverdacht allein aufgrund der Herkunft oder Religionszugehörigkeit. Gegen Hassverbrechen braucht es Zusammenhalt, nicht Spaltung!

## Rechtsextremismus-Rekord der FPÖ

SOS Mitmensch hat aufgedeckt, dass die rechtsextremen Verflechtungen der FPÖ im Jahr 2024 ein neues Rekordniveau erreicht haben. Für die vergangenen elf Jahre haben wir mehr als 290 rechtsextreme Vernetzungen dokumentiert. Allein 2024 haben fast 90 Vorfälle stattgefunden, viele betreffen direkt FPÖ-Obmann Herbert Kickl.

## Österreichisches Netzwerk Zivilgesellschaft

Mehr als 30 Organisationen aus dem Menschenrechts-, Sozial-, Umwelt- und Tierschutzbereich haben sich zum „Österreichischen Netzwerk Zivilgesellschaft“ (ÖNZ) zusammengeschlossen. Das Netzwerk trägt den Leitsatz „Gemeinsam Demokratie stärken“ und ist ein wichtiger zivilgesellschaftlicher Impuls für die demokratische Zukunft unseres Landes.

## Mitbieten bei der Benefizkunstauktion von SOS Mitmensch

Vom 27. Mai bis 5. Juni findet die 25. Benefizauktion zeitgenössischer Kunst zugunsten der Menschenrechtsarbeit von SOS Mitmensch statt. Nutzen Sie die Chance, großartige Kunstwerke zu erwerben und damit die Demokratie- und Menschenrechtsarbeit von SOS Mitmensch zu unterstützen. Weitere Infos unter [www.sosmitmensch.at/kunstauktion](http://www.sosmitmensch.at/kunstauktion)



Jetzt Benefizauktionskatalog via [ute.meissnitzer@sosmitmensch.at](mailto:ute.meissnitzer@sosmitmensch.at) vorbestellen.

# WOZU FEMINISMUS?

Manche halten ihn für überholt, andere für unverzichtbar: Wofür braucht es Feminismus heute, und welches Verständnis davon?

Redaktion: Milena Österreicher

## ... Amani Abuzahra?

„Es braucht Feminismus, weil Gleichberechtigung auf dem Papier existiert, aber in der Realität noch immer verhandelt wird. Weil Frauen weltweit für ihre Rechte kämpfen – für gleichen Lohn, körperliche Selbstbestimmung und gegen Gewalt. Weil ein Nein immer noch nicht überall zählt. Frauen verdienen noch immer weniger als Männer, ihre Körper werden politisiert, ihr Zugang zu Bildung, Arbeit und Rechten bleibt ungleich verteilt – besonders für Frauen mit Mehrfachdiskriminierung. Doch Feminismus darf nicht exklusiv bleiben, nicht weiß, nicht homogen. Er muss intersektional sein. Ein Feminismus, der Musliminnen belehren statt empowern will, ist keiner. Ein Feminismus, der Hijabis ausschließt, während er Freiheit predigt, ist widersprüchlich. Heute braucht es Feminismus, um patriarchale, rassistische und sozial selektive Strukturen zu durchbrechen. Feminismus ist nicht „für andere“, sondern für uns alle. Einen Feminismus, der nicht



Amani Abuzahra, Foto: Ramona Hackl Photography

fragt, wer dazugehört, sondern wer fehlt. Solange Ungerechtigkeit existiert, bleibt er notwendig – nicht als Etikett, sondern als gelebte Veränderung.“

*Amani Abuzahra, promovierte Philosophin, Autorin und Public Speaker. Publikationen: „Ein Ort namens Wut“ (2023), „Heute ist ein guter Tag, das Patriarchat abzuschaffen“ (2024)*

## ... Daniela Brodesser?

„Es braucht Feminismus, weil in Österreich Frauen immer noch den Großteil der unbezahlten Pflegearbeit tragen – sei es für Kinder, ältere Angehörige oder kranke Partner:innen. Diese Belastung hat direkte finanzielle Folgen: Wer jahrelang Angehörige pflegt, kann oft nur Teilzeit arbeiten oder muss den Job ganz aufgeben. Das führt zu niedrigen Ein-



Daniela Brodessa, Foto: Christopher Glanzl



Heidemarie Egger und Julia Moser, Foto: privat

kommen, weniger Pensionsansprüchen und einem erhöhten Armutsrisiko. Besonders betroffen sind Alleinerziehende und Frauen über 60, die nach Jahrzehnten der Sorgearbeit mit Mindestpensionen auskommen müssen. Dass Pflege noch immer als natürliche Aufgabe von Frauen gesehen wird, zeigt sich im Alltag drastisch. Ich selbst habe es erlebt, als meine beiden Großeltern fast gleichzeitig schwer pflegebedürftig wurden. Acht Monate haben wir auf einen Pflegeplatz gewartet – in dieser Zeit gab es kaum Unterstützung, außer der 14-tägigen Medikamenteneinteilung. Die Ressourcen fehlten. Mir wurde im Spital gesagt, ich solle meinen Job einfach aufgeben und die Pflege übernehmen. Man könne sich ja anstellen lassen. Doch erstens war ich selbstständig, und zweitens liegt das Einkommen aus einer solchen Anstellung unter der Armutsgefährdungsgrenze. Der Schritt vom Job über die Pflege in die Armut ist erschreckend klein – und geht viel zu schnell. Während professionelle Pflegekräfte – meist Frauen – ohnehin schlecht bezahlt sind, bleibt häusliche Pflege oft unsichtbar und unvergütet. Staatliche Unterstützung reicht nicht aus, private Pflege ist

für viele unleistbar. Man wird so in eine finanzielle Sackgasse gedrängt, weil man sich um andere kümmern muss. Es darf nicht länger sein, dass Frauen ihre berufliche Existenz aufs Spiel setzen müssen. Wer pflegt, muss finanziell abgesichert sein – egal ob als Angehörige:r oder professionelle Pflegekraft. Gute Pflege ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wer pflegt, darf nicht arm werden.“

*Daniela Brodessa, Autorin und Aktivistin. Sie arbeitet zu Armutsgefährdung und den Folgen wie fehlende Teilhabe, Beschämung und Rückzug.*

### ... Heidemarie Egger und Julia Moser?

„Feminismus wird heute mehr denn je gebraucht! Frauen\* mit Behinderungen erleben Mehrfachdiskriminierung – sie werden übersehen, benachteiligt und in politischen sowie feministischen Debatten nicht involviert. In Österreich fehlt eine umfassende Auseinandersetzung mit unseren Rechten und Lebensrealitäten. Deshalb setzen wir uns für einen intersektionalen, inklusiven und anti-ableistischen Feminismus ein, der die Vielfalt aller Frauen\* anerkennt,

strukturelle Diskriminierung abbaut und echte Gleichberechtigung möglich macht.“

*Heidemarie Egger und Julia Moser, geschäftsführende Vorständinnen von FmB – Interessensvertretung Frauen\* mit Behinderungen*

### ... Esther Maria Kürmayr?

„Feminismus heute muss inklusiv für alle Frauen\* sein. Es waren am Ende des 19. Jahrhunderts auch schon Schwarze Frauen Teil der Frauenbewegung, aber der Feminismus des 19. und oftmals des 20. Jahrhunderts hatte ihre Gleichberechtigung nicht gemeint (Lesetipp: „Ain't I A Woman“ von Sojourner Truth, 1851). Nun sind wir aufgerufen zu sehen, wer im 21. Jahrhundert nicht mitgedacht wird, nicht gemeint wird. Sind unsere Transschwwestern willkommen in feministischen Kreisen, sind es unsere muslimischen Schwestern, die Kopftücher tragen und denen gesagt wird, dass sie keine Feministinnen sein können, wenn sie Kopftücher tragen? (Lesetipp: „It's Not About the Burqa“ von Mariam Khan, 2019). Wie willkommen sind in den feministischen Debatten Frauen



Esther Maria Kürmayr, Foto: privat



Maria Rauch-Kallat, Foto: Jeff Mangione

ohne höhere Bildung, Analphabetinnen oder Frauen mit Beeinträchtigungen? Werden deren Anliegen mitgedacht? Unser Weg heute darf uns endlich zu einem inklusiven Feminismus führen und einen elitären, ausschließlich intellektuellen und paternalistischen Feminismus hinter sich lassen.“

*Esther Maria Kürmayr, Leiterin und Geschäftsführerin der Schwarzen Frauen Community*

### ... Maria Rauch-Kallat?

„Feminismus bedeutet für mich das Beachten und aktive Eintreten für die legitimen Rechte von Frauen. Frauenrechte sind weder unangemessen noch unanständig oder überzogen, Frauenrechte sind schlicht und einfach Menschenrechte! Und leider werden sie noch in einem weitaus höheren Maße missachtet als Menschenrechte gemeinhin. Daher ist der Kampf um Frauenrechte – trotz wesentlicher Verbesserungen dank wichtiger Pionierinnen – ebenso wichtig wie vor hundert Jahren. Ja mehr noch, weil in den letzten zwanzig Jahren ein spürbarer und in der Zwischenzeit auch teilweise sichtbarer Rückschritt zu verzeichnen ist. Wir dürfen nicht glauben, dass alles, was wir rund um

die Jahrtausendwende an Erfolgen verzeichnen konnten, in Stein gemeißelt ist. Das Imperium hat erkannt, dass jeder Platz für eine Frau ein Platz weniger für einen Mann ist. Und das Imperium schlägt zurück! Daher: Bleibt wachsam, geht keinen Schritt zurück und kämpft weiter für die Rechte der Frauen in aller Welt!“

*Maria Rauch-Kallat, Unternehmerin und ehemalige Ministerin (ÖVP)*



Klaus Schwertner, Foto: Johannes Hloch

### ... Klaus Schwertner?

„Feminismus geht uns alle an – auch uns Männer. Als Vater von drei Söhnen frage ich mich: Welche Werte will ich ihnen mitgeben?

Ich möchte, dass sie in einer Welt aufwachsen, in der Gleichberechtigung selbstverständlich ist – doch das ist sie noch immer nicht. Frauenrechte stehen unter Druck, gewonnene Fortschritte werden infrage gestellt. Deshalb braucht es mehr denn je eine klare Haltung: Feminismus bedeutet nicht „gegen Männer“, sondern „für Gerechtigkeit“.

In unserem Mädchenzentrum \*peppa sehen wir etwa, dass Mädchen und junge Frauen immer noch mit vielen Herausforderungen zu kämpfen haben. Es braucht auch heute noch geschützte Orte, wo junge Frauen gestärkt werden, wo sie Möglichkeiten kennenlernen, sie selbst sein und über sich hinauswachsen können.

Gemeinsam müssen wir Ungleichheiten abbauen und Gleichberechtigung vorantreiben. Eine gerechte Gesellschaft gibt allen Menschen die gleichen Chancen – und davon profitieren letztlich wir alle.“

*Klaus Schwertner, Caritasdirektor der Erzdiözese Wien*



# DIE EWIGEN BAUSTELLEN

Vor mehr als einem Vierteljahrhundert wurden feministische Forderungen erstmals im Rahmen eines Frauen-Volksbegehrens an die Politik herangetragen. Viele sind nach wie vor offen.

*Text: Sonja Kittel*

**6** 44.665 Menschen unterstützten 1997 das erste Frauenvolksbegehren in Österreich. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, die Bereitstellung ganztägiger Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen

und eine pensionserhöhende Wirkung von Care-Arbeit sind nur drei der Forderungen. Sie wurden bis heute nicht umgesetzt. Warum eigentlich? „Es fehlt an einer umfassenden Gleichstellungsstrategie, die meist wenig am-

bitionierten Gleichstellungsziele und -maßnahmen sind nicht mit Finanzmitteln verknüpft“, heißt es im aktuellen CEDAW-Schattenbericht. CEDAW steht für „Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination



Man habe Frauen gesagt, sie sollten in MINT-Berufe gehen, damit sie finanziell gleichgestellt sind. Das war eine Lüge, befindet Petra Unger, Expertin für Gender Studies und Feministische Forschung sowie Begründerin der Wiener Frauen\*-Spaziergänge.



Martha Schultz, Vizepräsidentin des Wirtschaftsverbands und Bundesvorsitzende von „Frau in der Wirtschaft“, sieht in der hohen Teilzeitquote von Frauen den Hauptgrund für Gender-Pay- und Pension-Gap. Sie fordert: eine hochwertige, flächendeckende Kinderbetreuung.

Against Women“. Es handelt sich um ein Komitee der Vereinten Nationen (UN), das Fortschritte bei der Beseitigung der Diskriminierung von Frauen dokumentiert und überprüft. Im Dezember 2024 schickte eine Koalition von österreichischen NGOs einen Schattenbericht an die UN. Hauptkritik darin: Es fehlt an finanziellen und personellen Ressourcen, aber auch am politischen Willen, um die Anliegen des Feminismus und der Gleichstellung anzugehen.

### Raus aus der Teilzeitfalle

„Wir haben im europaweiten Vergleich immer noch einen sehr hohen Gender-Pay-Gap. Frauen werden für die gleiche oder sogar höhere Qualifikation weit schlechter bezahlt als Männer“, sagt Petra Unger, Begründerin der Wiener Frauen\*Spaziergänge, bei denen sie die Geschichte(n) der Frauen Wiens erzählt. Laut den aktuellsten Zahlen der Statistik Austria lag der Pay-Gap 2022 bei 18,4 Prozent (EU-Schnitt: 12,7 Prozent). Noch höher ist mit 41 Prozent der Gender-Pension-Gap. Die durchschnittliche Frauen-Bruttomonatspen-

sion lag mit 1.572 Euro im Jahr 2023 etwa 100 Euro unter der Armutgefährdungsschwelle. 100.300 über 65-jährige Frauen hatten laut WIFO 2017 keinerlei Pensionsanspruch.

Laut Analysen der Statistik Austria lässt sich bei den Gaps nur ein Drittel der Gehaltslücke strukturell begründen. Die Hypothese: Beim Rest handelt es sich weitgehend um Entgeltdiskriminie-

---

**100.300 FRAUEN  
ÜBER 65 JAHREN  
HATTEN KEINERLEI  
PENSIONSANSPRUCH.**

---

rung. Petra Unger, Expertin für Gender Studies und feministische Forschung, kritisiert, dass das Bildungsversprechen nicht eingelöst wurde: „Es hieß immer, wenn ihr nur hoch genug gebildet seid und in MINT(Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik)-Fächer geht, dann werdet ihr gut Geld verdienen und finanziell gleichberechtigt sein. Doch das ist eine Lüge.“

Martha Schultz, Vizepräsidentin des Wirtschaftsverbands (ÖVP), sieht den

Hauptgrund für den Gender-Pay- und Pension-Gap in Österreich in der hohen Teilzeitquote bei Frauen. Deshalb sei es besonders wichtig, die Kinderbetreuung flächendeckend und qualitativ hochwertig auszubauen. Entscheidend sei auch die Ganztagsbetreuung bis zum Ende der Schulpflicht. Auch Petra Unger fehlen vor allem im ländlichen Bereich Kindergartenplätze. Betreuungsformen seien zu eindimensional, vor allem für Frauen, die nachts, früh morgens oder abends arbeiten müssten. Denn wer soll sich um die Kinder kümmern?

Männer sind es in der Regel nicht. Laut Statistik Austria bezogen 2023 nur drei Prozent der Väter und 97 Prozent der Mütter Kinderbetreuungsgeld. Vier von zehn Frauen arbeiten aufgrund der Betreuungspflichten Teilzeit. Österreich ist bei der Väterbeteiligung an Elternkarenz EU-Schlusslicht. Dass eine von der FPÖ propagierte „Herdprämie“, ein Taschengeld für Personen, die ihre Kinder zuhause betreuen, Erleichterung für Frauen schaffen würde, ist eine Fehlannahme. Sie wird sogar vom Wirtschaftsverband als Teilorganisation der ÖVP

abgelehnt, auch wenn dessen Vizepräsidentin dies mit dem Fachkräftemangel begründet – und nicht mit der Tatsache, dass Altersarmut und zu niedrige Pensionen von Frauen damit nicht entgegenwirken, sondern sie viel mehr verschärft werden. Das vom Wirtschaftsbund geforderte automatische Pensionssplitting bei gemeinsamen Kindern ist ein vielversprechenderer Ansatz.

### Gewalt an Frauen stoppen

Laut einer Prävalenzstudie der Statistik Austria erlebt jede dritte Frau in Österreich körperliche und/oder sexuelle Gewalt. Im CEDAW-Schattenbericht fordern die NGOs daher eine deutliche Erhöhung der jährlich zur Verfügung stehenden Mittel, um Gewalt und ihre Folgekosten langfristig zu reduzieren. Auch das Expert:innengremium des Europarats zur Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt fordert in seinem aktuellen Bericht von Österreich einen langfristigen Aktionsplan. „Die extrem hohe Gewalt- und Frauenmordrate ist das Versagen der Politik und das sollten wir auch so benennen“, betont Petra Unger.

„Gewalt an Frauen ist ein vielfältiges komplexes Problem,“ sagt Maja Markanović-Riedl, Geschäftsführerin der Autonomen Österreichischen Frauenhäuser (AÖF). Daher seien Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit so wichtig. Viele Frauen, die bei der Frauenhelpline (0800-222-555) anriefen, seien sich selbst nicht sicher, ob es Gewalt war, was ihnen angetan wurde. Markanović-Riedl weist aber auch auf die positiven Entwicklungen im Gewaltschutz hin. Es gäbe grundsätzlich ein gutes Unterstützungsnetzwerk für Frauen. Beratungsstellen seien auf ganz Österreich ausgeweitet worden. Verbesserungsbedarf besteht bei der geografischen Verteilung, da der Weg zum nächsten Frauenhaus insbesondere in ländlichen Regionen oft mehrere



Gewaltbetroffene Frauen sollten in jedem Frauenhaus Zuflucht finden können, sagt Maja Markanović-Riedl, Geschäftsführerin des Vereins der Autonomen Österreichischen Frauenhäuser.

Stunden in Anspruch nimmt. „Unabhängig davon, in welchem Bundesland eine Frau, die häusliche Gewalt erfahren musste, gemeldet ist, sollte sie in jedem Frauenhaus in Österreich Zuflucht finden können“, fordert die AÖF-Geschäftsführerin. Bisher ist das nur

### LEISTBARER WOHNRAUM WÜRDE PERSPEKTIVEN FÜR EIN GEWALTFREIES LEBEN SCHAFFEN.

ausnahmsweise bei Hochrisikofällen möglich. Außerdem müsste leistbarer Wohnraum für die Zeit nach dem Frauenhaus geschaffen werden, um nachhaltige Perspektiven für ein gewaltfreies Leben zu schaffen.

### Repräsentation und Gesundheitsversorgung

Und es gibt noch zahlreiche weitere Baustellen des Feminismus, die nach wie vor nicht gelöst sind, wie der CEDAW-Schattenbericht deutlich macht. Da ist die Tatsache, dass in Österreich gesetzlich festgelegte Frauenquoten für die

politische Repräsentation fehlen. 2023 waren 51 Prozent der österreichischen Bevölkerung weiblich. Im Nationalrat sind etwa 39 Prozent der Abgeordneten Frauen. Von den Gemeinden haben nur 11 Prozent eine Bürgermeisterin. Die Rechte auf reproduktive Gesundheit und Selbstbestimmung sind nach wie vor stark eingeschränkt. Weder Verhütungsberatung noch Verhütungsmittel sind kostenfrei. Schwangerschaftsabbruch findet sich noch immer im Strafgesetzbuch und ist nur ausnahmsweise straffrei. Und er ist nicht für alle Frauen österreichweit zugänglich.

Die Sparpolitik, die Österreich fährt – und die sich in der kommenden Regierungsperiode weiter verschärfen wird –, geht vor allem auch zu Lasten der Frauen. Kürzungen von Förderungen, sei es für Beratungsstellen, feministische NGOs oder Medien, machen es schwer, feministische Forderungen in die politische Realität zu holen. „Wir konnten unsere Auflage in den letzten knapp zwanzig Jahren mehr als verzehnfachen. Das zeigt, dass es definitiv einen Bedarf für Journalismus mit feministischer Perspektive gibt“, sagt die leitende Redakteurin des Magazins „anschläge“, Lea Susemichel. Förderungen für das feministische Magazin wurden bereits unter der ersten schwarz-blauen Regierung gestrichen und seitdem nicht mehr aufgenommen.

Politische Ansagen zu Gleichberechtigung und Stärkung von Frauen verlieren erfahrungsgemäß oft ihre Bedeutung, wenn Sparpolitik angesagt ist und wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund treten. Vermutlich auch ein Grund, warum die Baustellen des Feminismus nach wie vor so groß sind.

*Sonja Kittel beschäftigt sich als freie Journalistin und Autorin gerne mit verschiedenen Lebensgeschichten und den Menschen dahinter.*



# PFLASTER ÜBER KLAFFENDE WUNDEN

Zu gemäßigt, zu viel Identitätspolitik oder zu wenig inklusiv: Wie steht es um „den Feminismus“? Warum gibt es so viele Baustellen? Und wo fehlt weibliche Solidarität? Ein Gespräch unter Feministinnen verschiedener Generationen und Strömungen.

Protokoll: Milena Österreicher  
Fotos: Christopher Mavrič

**E**s ist ein grauer Donnerstag-nachmittag Ende Jänner. FPÖ und ÖVP verhandeln noch über eine Regierung. „Herdprämien“, Gender-Verbote und Kürzung von Förderungen schweben im Raum. Das MO-Magazin bat vor dieser Kulisse zum Gespräch über Errungenschaften und Misserfolge des Feminismus.

Die Grippewelle ließ die Gesprächsrunde kurzfristig neu zusammensetzen. Teilgenommen haben nun vier Frauen, die sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln und Erfahrungsschätzen mit Feminismus beschäftigen:

**Nadja Riahi** arbeitet als freie Journalistin zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen und sozialen Ungerechtigkeiten

und beobachtet den Online-Feminismus der vergangenen Jahre.

**Lea Susemichel** ist Autorin und leitende Redakteurin des feministischen Magazins „an.schläge“, das seit über vierzig Jahren Feminismus in Österreich und darüber hinaus unter die Lupe nimmt.

**Gertraud Klemm** geht in ihren literarischen Werken, wie dem Roman „Einzeller“ (Kremayr & Scheriau, 2023), der Frage nach, welcher Feminismus recht hat. Aktuell arbeitet sie an ihrem neuen Buch zu Matriarchaten.

**Brigitte Handlos** war zunächst Lehrerin und später Journalistin. Sie ist Mitgründerin des Vereins „Frauennetzwerk Medien“ und betreibt den Podcast „Frauenfunk“.

**MO-Magazin: Wir sitzen hier in einem Café im Zentrum Wiens. Hier in Wien fand 1993 die UN-Menschenrechtskonferenz statt, auf der Frauenrechte erstmals offiziell als Menschenrechte anerkannt wurden. Wo stehen wir nun nach mehr als dreißig Jahren?**

**Lea Susemichel:** Vor Trumps erneuter Wiederwahl hätte ich insgesamt eine positive Bilanz gezogen. Es gab große Meilensteine, auch auf rechtlicher Ebene, zuletzt die MeToo-Bewegung, die viel vorangebracht hat. Es ist wichtig, anzuerkennen, dass es enorme Fortschritte gibt – auch in Österreich. Es zeigt, dass es sich lohnt zu kämpfen. Andererseits geschieht vieles quälend langsam. Wenn wir uns zum Beispiel die letzte Zeitverwendungsstudien ansehen, ist in Bezug auf die Aufteilung

von Care-Arbeit kaum etwas weitergegangen. Und global sehen wir uns nun mit einem massiven Backlash konfrontiert. Dieser Rückschlag droht uns weit zurückzuwerfen.

**Brigitte Handlos:** Meine große Hoffnung – und das sehe ich teilweise bei den sehr jungen Frauen – ist, dass sie aufgrund dieser enormen Bedrohung endlich sagen „Fuck it!“ und aktiv werden. Gesetze existieren, aber sie müssen verteidigt werden, mit aller Vehemenz. Geht auf die Straßen, meldet euch zu Wort und seid laut! Ein Donald Trump kann so laut schreien, wie er will. Sein größter Gegner wird bald Elon Musk sein, der viel mächtiger als er sein wird, weil er die Infrastruktur besitzt. Deshalb appelliere ich an die unglaublich gut ausgebildeten Frauen der nächsten und übernächsten Generation: Stürzt euch in die IT-Welt, sichert euch die besten Jobs, geht in die Aufsichtsräte, macht etwas aus eurem Leben – und lasst euch nicht einschüchtern. Es wird vielleicht nicht immer lustig sein. Aber reißt euch die BHs runter und traut euch endlich wieder raus!

**Nadja Riahi:** Es ist absolut notwendig, vehement aufzustehen. Gerade im Online-Bereich sieht man, wie sich rechte Männer auf Social Media positionieren, oft mit Narrativen, wie „Your body, my choice“. Da fehlt eine vergleichbare Gegenbewegung. Grundsätzlich wissen wir dennoch aus der Protestforschung, dass die wahre Macht von Protesten auf der Straße liegt. Natürlich ist das auch unbequem. Wer sich als Feministin öffentlich positioniert, wird anecken. Aber es ist wichtig.

Allerdings merke ich auch, dass vielen die Kraft ausgeht. Es ist unglaublich anstrengend, im Patriarchat zu leben. Es fängt bei der kleinen sexuellen Belästigung an, geht weiter damit, dass der Partner seit drei Tagen die Küche nicht



Lea Susemichel, leitende Redakteurin der „an.schläge“: „Antifeminismus ist nun ein Kernelement des neuen Faschismus weltweit.“

aufgeräumt hat, bis hin dazu, dass der Arbeitskollege 200 Euro mehr verdient als ich. Es sind so viele Dinge, bei denen man ansetzen muss.

**Gertraud Klemm:** Ich bin nicht besonders optimistisch, was die Entwicklungen der letzten 30 Jahre angeht, denn an den großen Stellschrauben hat sich kaum etwas geändert. Wir haben immer nur Pflaster über eine klaffende Wunde geklebt, aber das Grundproblem des Patriarchats ist nicht gelöst.

Ich schreibe gerade an einem Essay, bei dem ich mich frage: Wenn ich dem Feminismus etwas vorwerfen würde, was wäre es? Es sind für mich drei Punkte. Erstens: Der Feminismus hat sich nicht um alternative Familienstrukturen gekümmert. Das heteronormative Modell wurde nicht durch andere Strukturen ersetzt. Wir bräuchten ein „Rudel“-Modell, die Kleinfamilie ist absolut nicht „artgerecht“. Das sage ich jetzt als Biologin. Die patriarchale Kleinfamilie ist erdgeschichtlich sehr jung und ganz sicher nicht die beste Struktur. Zweitens: Der Feminismus hat sich nicht mit Spi-



Autorin Gertraud Klemm: „Der Feminismus muss sich selbstkritisch fragen, wieso ihm so viele Frauen den Rücken gekehrt haben.“

ritualität auseinandergesetzt. Die Religionen sind bis heute, wie sie waren. Wir haben keine eigene spirituelle Basis, keine Göttinnen. Drittens: Der Feminismus hat es nicht geschafft, die 51 Prozent der Bevölkerung, die Frauen ausmachen, als feministische Bewegung zusammenzuhalten. Stattdessen sind wir in unzählige Strömungen zersplittert. Wir stellen die Mehrheit und trotzdem haben wir nicht die Macht. Wir kontrollieren weder die Wirtschaft noch die Politik. Der Feminismus muss sich selbstkritisch fragen: Wieso haben uns so viele Frauen den Rücken gekehrt?

**Handlos:** Der Feminismus konnte nie wirklich „sexy“ gemacht werden, weil viele der Themen, über die wir hier sprechen, mit Verzicht verbunden sind – vor allem für Frauen. Man arbeitet bis zur Erschöpfung, kümmert sich gleichzeitig um die Kinder und lebt ständig mit einem schlechten Gewissen. Die Vorstellung der Powerfrau, die mühelos alles schafft, hat Frauen unter enormen Druck gesetzt.



Brigitte Handlos, ehemalige Lehrerin und Journalistin: „Reißt euch die BHs runter und traut euch endlich wieder raus!“

**Susemichel:** Zudem ist Antifeminismus nun ein Kernelement des neuen Faschismus weltweit. Früher dominierten nur Migrationsthemen den Wahlkampf, doch mittlerweile ist Antigenderismus, oder wie die FPÖ es nennt, „Genderwahn“, in den Mittelpunkt gerückt. In einem internen FPÖ-Verhandlungspapier zur Regierungsbildung kamen Themen wie Klima oder Bildung überhaupt nicht vor. Dafür wurde explizit gefordert, dass Dragqueens nicht mehr an Schulen vorlesen dürfen. In Trumps Wahlkampf und den Werbespots war das Thema Trans genauso präsent wie Migration. In Ungarn ließ Orbán als Erstes die Gender Studies abschaffen. Das zeigt, wie zentral dieses Thema für rechte Politik geworden ist. Das wurde massiv unterschätzt, auch von Feministinnen. Viele haben nicht erkannt, wie tief verwurzelt Sexismus, Maskulinität, Antifeminismus und Misogynie sind – selbst bei Frauen.

**Klemm:** Identitätspolitik verunsichert aber viele Menschen. Die traditionelle Vorstellung von „Mann und Frau“ wird



Journalistin und Moderatorin Nadja Riahi: „Wer sich als Feministin öffentlich positioniert, wird anecken. Aber es ist wichtig.“

aufgebrochen, und das sorgt für Angst. Eine von den US-Demokraten in Auftrag gegebene Umfrage zeigte, dass dies einer der drei Hauptgründe war, warum viele Menschen plötzlich republikanisch gewählt haben. Diese Unsicherheit betrifft besonders Frauen und darüber zu sprechen, ist fast schon tabu. Fakt ist: Nur 20 Prozent der Frauen im deutschsprachigen Raum bezeichnen sich überhaupt als Feministinnen, 80 Prozent nicht. Wenn dann zusätzlich neue Gender-Kategorien eingeführt werden, fühlen sich viele überfordert. Der Feminismus muss einfacher werden. Er muss populärer sein. Er muss klare Forderungen haben, die alle unterschreiben können: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Kostenlose Verhütungsmittel. Eine gute Gesundheitsversorgung.

**Handlos:** Es muss uns doch gelingen, ein paar wenige Dinge durchzusetzen, auf die sich alle einigen können.

**Susemichel:** Identitätspolitik ist nicht neu, sie begleitet den Feminismus von Anfang an. Schon 1851 stellte Sojour-

ner Truth mit ihrer Rede „Ain't I a Woman?“ die Frage: Wer gehört dazu? Wer wird vom Feminismus repräsentiert? Die Debatten waren immer da: Arbeiterinnen fühlten sich von bürgerlichen Feministinnen nicht vertreten, Schwarze Frauen von weißen Feministinnen und lesbische Frauen von heterosexuellen nicht. Diese Auseinandersetzungen haben den Feminismus aber nicht geschwächt, sondern weiterentwickelt. Sie haben ihn zur bedeutendsten sozialen Bewegung des letzten Jahrhunderts gemacht.

**Riahi:** Es ist essenziell, dass wir uns solidarisieren. Spaltung hat auch mit Kapitalismus zu tun. Uns wird suggeriert, dass Ressourcen knapp sind, dass es nur wenige Plätze gibt, um an die Spitze zu gelangen. Besonders im beruflichen Kontext heißt es oft: Es gibt nur einen Platz. Diese künstliche Verknappung führt dazu, dass wir eher Ellbogen ausfahren, anstatt uns gegenseitig zu unterstützen. Und genau das fördert auch Misogynie unter Frauen, weil uns dieses Konkurrenzdenken von klein auf eingetrichtert wird.

**Susemichel:** Feminismus wird oft kleingeredet, als sei er völlig zerstritten. Aber das stimmt nicht. Wir haben die NiUnaMenos-Bewegung gegen geschlechtsspezifische Gewalt an Frauen, die Grüne Welle in Lateinamerika, die die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in einigen Ländern erkämpfte. Das sind Massenbewegungen, die oft totgeschwiegen werden. In Spanien streikten etwa am Frauentag fünf Millionen Frauen – wäre das ein von Männern geführter Streik gewesen, hätte er Schlagzeilen gemacht.

Es ist unglaublich viel passiert und es ist wichtig, das zu sehen. Sonst bleibt nur die falsche Vorstellung, dass wir alle zerstritten seien und nichts vorangeht. Die Kämpfe sind essenziell, weil sie für

mehr Gerechtigkeit für mehr Menschen sorgen. Wir müssen auch am Image des Feminismus arbeiten, sodass wir für möglichst viele Menschen – vor allem für Frauen, aber nicht nur – anschlussfähig sind. Ich glaube, die meisten Menschen wären empfänglich dafür, wenn die Debatte nicht so stark instrumentalisiert und von Hetze überlagert werden würde.

**Wie schon angesprochen, machen Frauen 51 Prozent der Gesellschaft aus und trotzdem gelingt es nicht, eine große Bewegung auf die Beine zu stellen. Liegt das auch daran, dass der sogenannte weiße Feminismus dominiert und nicht alle inkludiert?**

**Klemm:** Ich würde eher von einem akademischen Feminismus sprechen als von einem weißen.

**Susemichel:** Die Kritik bezieht sich ja darauf, dass der weiße Feminismus aktiv an der Unterdrückung anderer Frauen beteiligt ist. Er produziert hegemoniale Verhältnisse, die dazu führen, dass Frauen doppelt und dreifach ausgebeutet werden.

**Klemm:** Aber sag‘ das mal einer allein-erziehenden Supermarktkassiererin, dass sie als weiße Feministin privilegiert ist.

**Susemichel:** Weißer Feminismus bezieht sich nicht auf die Hautfarbe, sondern auf die gesellschaftliche Position. Und es geht um eine paternalistische Haltung. Und es geht auch darum zu sehen, dass es immer schon viele Feminismen gab, nicht nur den weißen, bürgerlicher Frauen.

Zuletzt habe ich zum Konzept der „unbedingten Solidarität“ gearbeitet. Das bedeutet, dass Solidarität gerade mit den Menschen bestehen sollte, mit denen ich nichts gemein habe – weder

Milieu, Herkunft, Geschlechtsidentität noch sexuelle Orientierung. Solidarität mit Gleichgesinnten ist absolut in Ordnung: Das ist wie in einer Gewerkschaft, wenn Metallarbeiter zusammenkommen und gemeinsam einen Lohnabschluss erreichen. Aber Solidarität muss immer weitergehen und Solidarität bedeutet eigentlich, andere Menschen in ihrem Kampf um ihre Rechte zu unterstützen.

**Klemm:** Mir ist diese Machtpyramide klar. Ich mache den ganzen Tag nichts anderes, als mich mit Feminismus auseinanderzusetzen. Aber wir können uns kaum noch vorstellen, wie es für eine normale, nicht privilegierte und nicht gebildete Frau ist, die sich nicht ständig mit feministischen Themen beschäftigt.

---

**„WEISSER FEMINISMUS IST AKTIV AN DER UNTERDRÜCKUNG ANDERER FRAUEN BETEILIGT.“**

---

**Susemichel:** Es geht um ein grundlegendes Verständnis: Es gibt Menschen, die haben eine ganz andere Lebensrealität und kämpfen mit viel mehr Scheiße als ich. Dazu muss man nicht studieren, um das zu begreifen.

**Klemm:** Nein, das nicht. Aber wir erreichen so nicht den Punkt zu einer Veränderung zu kommen. Die 80 Prozent Frauen, die sich nicht als Feministinnen bezeichnen, sind so müde von all dem, dass sie sich nicht einmal als solche benennen wollen. Diese Menschen wählen dann auch anders. Über die kritische Masse kommen wir so nicht hinaus.

**Susemichel:** Aber das liegt nicht daran, dass der Feminismus zu komplex geworden ist.

**Klemm:** Ich glaube schon.

**Susemichel:** Nein, das glaube ich nicht. Das erzählen uns die Medien ständig, sie kochen das immer wieder hoch.

**Klemm:** Ich spreche oft mit meinen Freundinnen, die zum Beispiel Polizistinnen oder Kassiererinnen sind. Sie sagen: „Lass mich in Ruhe mit FLINTA (A. d. Red.: Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen), schon wieder eine neue Bezeichnung. Ich will einfach nur eine Frau sein.“

**Susemichel:** Man muss eben klar machen: Du kannst weiterhin eine Frau sein, niemand verbietet dir das. Ich bin überzeugt davon: Man kann Menschen erreichen ohne andere dafür zurücklassen zu müssen.

**Mit Stand Ende Jänner sehen wir uns in Österreich mit einer möglichen blau-schwarzen Regierung konfrontiert. Das könnte auch in Bezug auf Frauenpolitik kritisch werden. Wie soll es nun weitergehen?**

**Klemm:** Ich habe nur ein Wort: Streik.

**Susemichel:** Lasst uns einen Frauenstreik machen.

**Riahi:** So wie 1975 in Island.

**Handlos:** Ich finde es unfassbar, dass es so weit gekommen ist. Aber Angst habe ich keine. Angst lähmt, wir dürfen uns davon nicht einschüchtern lassen. Das bringt uns nirgendwo hin.

**Susemichel:** Wir müssen uns mit Utopien beschäftigen, die wirklich tief gehen. Wir sollten uns nicht immer von den rechten Diskursen treiben lassen, sondern selbst Themen setzen und sagen, wir machen etwas anderes. Wir müssen jetzt dagegenhalten. Auf der Straße, aber auch in Gesprächen und in den Medien. Es ist wichtig, präsent zu sein.

# DIE MÄNNER-FRAGE

Männer sind in der Gruppe der Gewalttäter:innen überrepräsentiert, sie übernehmen weniger Care-Arbeit und gehen selten in Väterkarenz. Haben wir als Gesellschaft ein Männer-Problem?

Text: Edgar Subak

**K**ushtrim Alili ist Feminist. Der 22-jährige Grazer aus Nordmazedonien mit albanischen Wurzeln setzt sich für Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ein. Dafür begibt er sich auch in die Barbara-Karlich-Show zum Thema „Männer in der Krise?“. Er erklärt den anderen Teilnehmenden auf der Couch, warum toxische Männlichkeit ein Problem für die Gesellschaft ist. Andere runzeln die Stirn, schütteln leicht mit dem Kopf.

**„TOXISCHE MÄNNLICHKEIT IST EIN PROBLEM FÜR DIE GESELLSCHAFT“, MEINT KUSHTRIM ALILI.**

Einer fragt: „Was soll an Männlichkeit toxisch sein?“

Kushtrim Alili wuchs selbst in einem traditionell-patriarchalen Kulturkreis auf und arbeitet heute unter anderem als Social Media-Manager beim Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark. Wenn Alili und andere von toxischer Männlichkeit sprechen, geht es um Fehlentwicklungen, die von Männern viel häufiger ausgehen als von Frauen.



Kushtrim Alili setzt sich in der Öffentlichkeit sowie beim Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark für Gleichberechtigung ein.



Neben den physischen und psychischen Folgen von Gewalt müsse man politisch auch bedenken, welche Kosten für die Gesellschaft durch Gewalttaten entstehen, sagt Ökonomin Katharina Mader.

### Alkohol, Gewalt, Selbstmord

Die Liste dieser Fehlentwicklungen ist lang: Laut der Fachstelle für Suchtprävention „VIVID“ weisen Männer doppelt so häufig wie Frauen einen problematischen Alkoholkonsum auf. Sie gehen seltener zum Arzt oder zur Ärztin. Männer machen mehr als drei Viertel der Suizidtoten in Österreich aus. Darüber hinaus gibt es doppelt so viele männliche Verkehrstote wie weibliche. Männer neigen beträchtlich häufiger zu Gewalt. Im Privatleben gibt es immer noch eine klare Tendenz zu traditionellen Rollenverständnissen. Das führt unter anderem dazu, dass Homo- und Transphobie in der Gesellschaft stark von Männern ausgeht, sie weniger in Karenz gehen und auch weniger Care-Arbeit zuhause leisten.

In seinem Buch „Boys don't cry“ sucht der britische Autor Jack Urwin daher nach Antworten auf diese Schief lagen, die er mit der sogenannten toxischen Maskulinität in Verbindung bringt. Das wohl tiefgreifendste Problem für unsere Gesellschaft ist die Gewalt. Dazu schreibt Urwin, dass die

Vorstellung, körperliche Gewalt sei unlösbar mit Männlichkeit verknüpft, bei vielen Männern Anklang finde. Bereiche des Sports, der Auto-Kultur, Musik und der kulturellen Einrichtungen, wo viele Männer zusammenkommen, verbinden dieselben Elemente: Gewalt, Gefahr und besonders gesteigerte Risikobereitschaft. Damit verbunden ist die Vorstellung, keine Emotionen zu

### MÄNNER GEHEN SELTENER ZUR ÄRZTIN, HABEN EINE HÖHERE SUIZIDRATE UND NEIGEN ÖFTER ZU GEWALT.

zeigen. Hilfe zu holen, wäre in diesem Sinn eine Form der Schwäche. Zurück bleiben Männer, die mit ihrem Frust und ihrer Angst allein umgehen. Und das kann gefährlich werden: So gab es 2024 laut den Österreichischen Autonomen Frauenhäusern 27 Femizide und 41 Fälle schwerer Gewalt an Frauen. Femizide sind gezielte Ermordungen von Frauen durch Männer. Dabei kommen die Täter in der Regel aus dem Familien- oder Freundeskreis. Oft sind es

gekränkte (Ex-)Partner. 2023 betreuten Gewaltschutzzentren in Österreich rund 24.000 Opfer familiärer Gewalt, davon waren rund 80 Prozent der Betroffenen Frauen oder Mädchen. Die Gewalt verursacht enormes körperliches und psychisches Leid. Und sie verursacht auch hohe Kosten für die Gesellschaft, wie Katharina Mader, Chefökonomin beim Momentum-Institut, erklärt: „Das ist der Fall, wenn zum Beispiel Kinder nicht mehr in die Schule gehen und dadurch ihre weitere Schullaufbahn beeinträchtigt ist. Oder bei Frauen, die Opfer von Gewalt werden, wenn sie in Folge nicht in die Arbeit gehen können.“

Auch in der allgemeinen Kriminalstatistik zeigt sich, dass mehr Männer Gewalttäter sind: Neun Morde begingen 2023 Frauen, bei Männern waren es 81. Wegen Körperverletzung verurteilten Gerichte Männer mehr als achtmal so oft wie Frauen. Von allen in Österreich strafrechtlich Verurteilten wurden mit rund 85 Prozent über die letzten Jahre beträchtlich mehr Männer als Frauen dokumentiert.

### Männliche Vorbilder gefragt

„Gewalt beginnt bei vielen Männern dort, wo ihre Männlichkeit bedroht wird, etwa wenn sie gekränkt oder zurückgewiesen werden“, erklärt Erich Lehner. Er ist Psychoanalytiker und Vorsitzender des Dachverbandes der Männerarbeit in Österreich. Dennoch greifen Männer nicht automatisch zur Gewalt, wenn sie sich in einer Krise befinden. Vielmehr entstehen solche Muster, wenn in ihrer Sozialisation durch Peer Groups oder männliche Vorbilder Gewalt als legitimes Mittel vermittelt wurde.

Lehner beobachtet in seiner Arbeit, dass Männer für dominantes und durchsetzungsfähiges Verhalten geachtet werden wollen: „Sie erleben heute eine Spannung zwischen ihrer Dominanz, die ihre Männlichkeit verkörpern soll,

und einer Partnerschaftlichkeit, die den modernen kooperativen Mann symbolisiert“. Dem modernen Vorbild für Männer als fürsorgende Partner, Väter oder Freunde stehe immer noch ein traditionelles Bild gegenüber, bei dem sie in der Familie das Sagen haben und im schlechtesten Fall Gewalt als legitimes Mittel wahrnehmen.

### Was tun?

Der größte Hebel gegen männliche Gewalt und andere toxische Muster liege im Bildungsweg, also im Kindergarten und in den Schulen. Denn dort lernen Kinder, was von anderen Kindern und den Erwachsenen als akzeptabel wahrgenommen und was nicht akzeptiert wird. Greifen Pädagog:innen etwa Themen des gegenseitigen Respekts zwischen Buben und Mädchen auf, kann das nachhaltig wirken.

Für Erwachsene bieten Projekte wie die Männerberatung (rund um die Uhr und anonym: 0800 400 777) oder „CariM – Interkulturelle Männerarbeit“ der Caritas einen geschützten Rahmen, wo Männer über ihre Sorgen und Probleme reden können. Zusätzlich zielen Kampagnen auf eine Sensibilisierung gegenüber Gewalt und sexueller Belästigung als spezifisch männliches Problem ab. Denn Bewusstsein ist der erste Schritt, um problematische Handlungsmuster zu hinterfragen.

### Zeit für Kinder als „Frauensache“

Es sind freilich auch die Rollenbilder, die Kinder von Erwachsenen internalisieren. Wie Eltern Care-Arbeit aufteilen und wer einer Erwerbsarbeit nachgeht, wirkt sich auf das Rollenverständnis Heranwachsender aus.

Seit 2006 konnte die Zahl der Väter, die den Papamonat bzw. Karenz nehmen fast verdoppelt werden. Doch das Niveau bleibt mit insgesamt rund 17 Prozent niedrig. Die Mehrheit geht nach spätestens drei Monaten wieder einer



Gewaltmuster entstehen dort, wo Männern in ihrer Sozialisation durch Peer Groups oder männliche Vorbilder Gewalt als legitimes Mittel vermittelt wurde, sagt Psychoanalytiker Erich Lehner.

bezahlten Arbeit nach. Jeder vierte Vater nimmt überhaupt keine Erwerbsunterbrechung in Anspruch.

Die Daten weisen auch darauf hin, dass Frauen eher zuhause bleiben: Unter den ganzjährig Vollzeitbeschäftigten sind nur 33 Prozent Frauen. Darüber hinaus verbringen Frauen um ein Drittel mehr Zeit mit unbezahlter Care-Arbeit, wie Einkäufen, Aufräumen und Kochen.

### **DIE MEHRHEIT DER VÄTER GEHT NACH SPÄTESTENS DREI MONATEN WIEDER BEZAHLTER ARBEIT NACH.**

Aufwachsende Kinder werden dadurch auch in Zukunft Männer in der Rolle des „Familienernährers“ wahrnehmen. Um diese Situation zu ändern, bräuchte es gratis Kinderbetreuung, die es Müttern erlaubt, Vollzeit bezahlter Arbeit nachzugehen, fordert etwa das Momentum-Institut. Väterkarenz müsste verpflichtend sein. Die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich darüber hinaus verkürzt werden, um eine faire Aufteilung zwischen Männern und Frauen in

der Care-Arbeit zu ermöglichen.

Dennoch: Es sind letztlich Männer in der Verantwortung, traditionelle Verhaltensmuster zu reflektieren und abzulegen – zu ihrem eigenen Wohl und dem aller anderen. Ansätze dafür sind breit: Sie reichen von Bewusstseinsbildung in Form von Vorträgen, Büchern oder Sozialarbeit bis hin zu modernen gelebten Rollenbildern, die Männer nicht nur als „harte Krieger“ inszenieren.

Es braucht einen breiteren Diskurs darüber, welche Rolle Männer in der Gesellschaft einnehmen. Und Stimmen insbesondere von anderen Männern, die die vielen durch Männer geschaffenen Missstände ansprechen und nicht wegschauen.

Denn man kann auch männlich wirken – ohne toxisch zu sein. So wie Kushtrim Alili.

*Edgar Subak war für die (alte) Wiener Zeitung, den Kurier und die Süddeutsche Zeitung tätig und ist Redaktionsmitglied im „etc. magazin“.*

# MÜTTER, APPLAUDIERT EUCH!

Die Gleichstellung von Frauen und Männern hört oft spätestens dort auf, wo das Muttersein beginnt. Dabei kann sich genau hier eine große feministische Kraft entfalten. Was fehlt sind die richtigen Rahmenbedingungen.

Essay: Sonja Kittel

Illustration: Eva Vasari



**I**ch sitze in einem Sesselkreis in der Aula der Schule. Acht Lehrerinnen, die Direktorin und 14 Mütter applaudieren dem einzigen Vater in der Runde. Er hat sich als Elternvertreter aufstellen lassen, so wie all die Mütter, die hier sitzen. Ich blicke mich um und frage mich, warum wir uns nicht selbst applaudieren? Warum verdient es besondere Anerkennung, wenn ein Vater diese Position übernimmt, und spüren die anderen Frauen auch, dass hier gerade etwas falsch läuft?

Die schwedische Sozialwissenschaftlerin Lisbeth Bekkengen nennt es die „Paradoxie der Anerkennung“, wenn

## **WARUM VERDIEN T ES BESONDERE ANERKENNUNG, WENN EIN VATER DIE POSITION ÜBERNIMMT?**

Männer Beifall für ihren Beitrag bekommen, während bei Frauen dieselbe Leistung als selbstverständlich gilt. Obwohl es keinen objektivierbaren Grund

gibt, dankbar zu sein, heben wir es als etwas Besonderes hervor. Gleichzeitig wird klar, dass die vermeintlich geteilte Verantwortung zwischen Müttern und Vätern bei sämtlichen auf Kinder bezogenen Aufgaben nur ein Mythos ist.

## **Die „Top Mum“**

Gleichberechtigung und Selbstbestimmung im persönlichen und im öffentlichen Raum für alle sind feministische Grundanliegen. Doch die Gleichstellung von Frauen hört oft spätestens



der Mutter und die Unterordnung ihrer Bedürfnisse, so wie den gleichzeitigen beruflichen Erfolg, um sie als „Top Mum“ auszuzeichnen.

### Die erschöpften Mütter

Die „ideale Mutter“ sollte die psychische und physische Gesundheit des Kindes im Fokus haben, dabei den Haushalt schmeißen, leistungsorientiert sein und sexuell anziehend bleiben, allerdings exklusiv für den Kindsvater – wer will schon als „needy mom“ gelten? Und das ist genauso anstrengend, wie es klingt. Egal, wo Frau sich umschaute, da sind sie, die erschöpften Mütter. Die Schweizer Geschlechterforscherin Franziska Schutzbach hat der „Erschöpfung der Frauen“ ein ganzes Buch gewidmet und beschreibt dort, warum so viele Frauen am Ende ihrer Kräfte sind und ihre Ausbeutung die Basis unserer Wirtschaft ist. „Keine moderne Regierung könnte es sich leisten ihre weiblichen Bürgerinnen für ihre Arbeit, die sie lebenslang umsonst machen, zu bezahlen“, schreibt auch die britische Autorin und Feministin Laurie Penny in ihrem Essay „Fleischmarkt“ und spielt damit auf die Care-Arbeit an, die nach wie vor zum größten Teil von Frauen erledigt wird.

### Das sind die Fakten

Laut einer Berechnung des Momentum Instituts, das sich auf die Zeitverwendungserhebung der Statistik Austria (2021/2022) stützt, entspricht die unbezahlte Care-Arbeit von Frauen etwa 13 Prozent – rund 60 Milliarden Euro – der Wirtschaftsleistung Österreichs. Laut dem aktuellen CEDAW-Schattenbericht, gemeinsam erarbeitet von einer Koalition österreichischer NGOs, übernimmt in acht von zehn verschiedengeschlechtlichen Paarhaushalten die Frau die Elternkarenz, während nur ein Prozent der Männer länger als sechs Monate in Karenz geht. Bei der Teilzeit-

Autorin Sonja Kittel beobachtet, dass Väter für ihren Beitrag oft besondere Anerkennung zukomme, während Müttern die Verantwortung ganz selbstverständlich umgehängt wird.

dort auf, wo das Muttersein\* beginnt. Es ist nicht nur eine Beobachtung, die Frau im Freundinnen- und Bekanntenkreis macht, sondern auch theoretisch beschrieben und empirisch nachgewiesen, dass viele Frauen in eine antifeministische und retraditionalisierte Rolle gezwängt werden, sobald sie Mütter sind.

Die Soziologin Samira Baig hält in ihrer Untersuchung zu „Mutterschaft und Feminismus“ fest, dass Mutterschaft in feministischen und gendertheoretischen

Zugängen „durchgängig als Einschränkung von Emanzipationsbegehren thematisiert wird.“ In der wissenschaftli-

### **DIE UNBEZAHLTE CARE-ARBEIT VON FRAUEN ENTSPRICHT IN ÖSTERREICH ETWA 13 PROZENT DES BIP.**

chen Literatur sei das Bild der „guten Mutter“ allgegenwärtig. Es braucht die erfüllende Verbundenheit zwischen Mutter und Kind, die Selbstlosigkeit

quote von Frauen liegt Österreich laut Eurostat mit 50,6% (2023) europaweit auf Platz zwei. Betreuungspflichten sind der Hauptgrund. Seit mehr als einem Jahrzehnt verfehlt Österreich das EU-Ziel bei der Kinderbetreuung. Bei der derzeitigen Entwicklung wird es noch 400 Jahre dauern, bis der Gender Pay Gap hierzulande verschwindet. Die Resultate aus all diesen Zahlen sind niedrigere Teilzeitgehälter, deutlich geringere Pensionsbezüge und vermehrte Altersarmut von Frauen.

### Die mentale Belastung wiegt schwer

All das hält Frauen ab, in ihrem Muttersein frei, selbstbewusst und unabhängig zu agieren. Sie begeben sich mit dem Mutterwerden in eine Abhängigkeit vom Kindsvater und verfestigen diese mit jedem verpassten Arbeitsjahr. Sie fügen sich dem traditionellen Rollenbild der „idealen Mutter“, die Haushalt und Care-Arbeit übernimmt, müssen aber trotzdem zumindest Teilzeit arbeiten, um ihren ökonomischen Beitrag zu leisten oder wollen zumindest Teilzeit arbeiten, weil der von der Gesellschaft geforderte Maßstab des glücklichen Kindes für sie nicht die absolute Erfüllung bedeutet. Auch wenn sie einen Partner haben, der bereit ist die Kinderbetreuung aufzuteilen, gibt es in den seltensten Fällen eine wirklich 50:50-Teilung, weil der Mental Load bei der Mutter hängen bleibt.

Die Benennung des Mental Load schafft für viele Mütter Erleichterung, weil es einen Namen gab für das, was schon immer ihre Lebensrealität war. Etwas, das getragen werden muss und das unglaublich viel Anstrengung kostet, obwohl es für den Partner meist unsichtbar bleibt. Auch wenn Väter ihre Kinder wickeln und füttern, sie ins Bett bringen oder mit ihnen spielen, die Gesamtorganisation des Familienlebens liegt fast immer bei den Müttern. Das ist das Denken an anstehende Termine, das rechtzeitige



Frauen begeben sich mit dem Mutterwerden oft in eine Abhängigkeit vom Kindsvater. Diese wird durch verpasste Arbeitsjahre verfestigt.

Besorgen passender Kleidung, die Vorbereitungen für den Schulausflug, der nächste Kindergeburtstag, die Planung von Schwimmkursen, Ferienbetreuung, Spieldates, Geschenke für die Kindergartenpädagoginnen, der Kuchen für das Schulschlussbuffet und die grundlegende Zufriedenheit aller Familien-

**„WENN WIR LEBEN  
WOLLEN, MÜSSEN WIR UNS  
AN DIE SPRACHE DES  
WIDERSTANDS ERINNERN.“**

mitglieder. Auch wenn sich viel getan hat, von selbstverständlicher Gleichstellung von Müttern und Vätern sind wir noch weit entfernt.

### Das grundlegende Recht auf Verweigerung

Doch wie können Feminismus und Muttersein gemeinsam gelebt werden? Für ihre 2023 veröffentlichte Studie führte die Soziologin Samira Baig narrative Interviews mit in Österreich lebenden, politisch aktiven, feministischen Müttern. Auf Basis der empirischen Ergebnisse entwickelte sie Konzepte des Mutterseins, die mit einer feministischen Haltung vereinbar

sind. Sei es mit Fokus auf die Verbindung zum Kind, dem aktiven Umgang mit den neuen Umständen oder einem Verständnis von Muttersein als weiteren Aspekt des Lebens, der auch gemeistert werden muss. Gefangen in ökonomischen Sorgen und überlastet von den täglichen kaum bewältigbaren Aufgaben, bleibt wenig Zeit für die tatsächliche Beziehung zwischen Mutter und Kind. Doch auch dort ist der Platz, um feministische Haltung zu leben und einzunehmen – in der antipatriarchalen und an Gleichstellung orientierten Erziehung. Mütter müssen sich ihrer Macht bewusst werden, die sie in unserer Gesellschaft haben. „Wenn wir leben wollen, müssen wir uns an die Sprache des Widerstands erinnern. ‚Nein‘ ist das stärkste Wort im dialektischen Arsenal einer Frau“, schreibt Laurie Penny in „Fleischmarkt“. Auch wenn versucht wird, so Penny, Frauen mit aller Kraft davon abzuhalten, ihrem grundlegenden Recht auf Verweigerung nachzugehen, ist genau das Bewusstsein, dass eine Verweigerung zu kochen, zu putzen, zu betreuen und kostenlos Care-Arbeit zu leisten, jede westliche Gesellschaft in die Knie zwingen kann, ein Hebel, mit dem Mütter, mit dem Frauen, gemeinsam etwas ändern können. Die Möglichkeiten, Mutter zu sein und eine feministische Haltung zu leben, es gibt sie. Mütter, applaudiert euch, solidarisiert euch, stärkt euch und seid euch eurer Macht bewusst!

*\*Der Begriff Mutter ist hier eng gekoppelt an heteronormative strukturelle und kulturelle Gegebenheiten. Das Bestehen von Muttersein fernab dieser heteronormativen Sinnbezüge ist der Autorin bewusst.*

*Sonja Kittel ist freie Journalistin, Autorin, Mutter zweier Kinder im Kindergarten- und Volksschulalter und geschieden. Die Betreuung der Kinder teilt sie mit dem Vater im Wechselmodell.*

# ZWISCHEN GESETZ UND GERECHTIGKEIT

Helene Klar, seit 1976 Scheidungsanwältin, beleuchtet die wichtigsten Entwicklungen im Familienrecht und zeigt, wie Gesetze Frauen immer noch benachteiligen können. Welche „feministischen Baustellen“ bleiben im Recht bestehen?

Text: Nadja Riahi

**A**ls 1976 die große Familienrechtsreform in Kraft trat, galt das als Meilenstein der Gleichberechtigung. Denn erstmals wurde das patriarchale Versorgungsehemodell des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuchs (ABGB) aus dem Jahr 1811 durch ein partnerschaftlich orientiertes ersetzt. Was in Österreich heute kaum noch vorstellbar ist, war bis dahin mehr als 150 Jahre Realität: Der Mann war das Oberhaupt der Familie, die Ehefrau und die ehelichen Kinder waren ihm zu Gehorsam verpflichtet. Mit der Reform durften Frauen endlich ohne Zustimmung ihrer Ehemänner arbeiten gehen, Reisepässe für ihre Kinder beantragen und ihr eigenes Vermögen verwalten. Für die Wiener Scheidungsanwältin Helene Klar ging die Reform nicht weit genug: „Ich als junge Emanze habe nicht



Vor dem Jahr 1976 galt: Der Mann ist das Oberhaupt der Familie, Ehefrau und Kinder waren ihm zu Gehorsam verpflichtet.

eingesehen, warum es nach wie vor die Möglichkeit einer Hausfrauenehe geben soll“, erinnert sie sich rückblickend. Der damalige Justizminister Christian Broda habe in der Reform „zahlreiche Kompromisse“ gegenüber der ÖVP ge-

macht. Ein Beispiel dafür war Paragraph 91 ABGB. Er bestimmte, dass Ehepaare gemeinsam vereinbaren sollten, wer für den Haushalt zuständig ist. So weit, so fortschrittlich. Aber: Diese Vereinbarung galt dann für die gesamte Ehe, un-



Helene Klar ist eine der renommiertesten Scheidungsanwält:innen des Landes. In ihrer knapp 50-jährigen Laufbahn beobachtete sie in der Praxis immer wieder Fallstricke, besonders für Frauen, die die Kinderbetreuung übernommen hatten.

abhängig davon, ob sich die Lebensumstände änderten. „Wenn die Frau beim Heiraten gesagt hat, dass sie die Hausarbeit macht, konnte der Mann lebenslanglich darauf vertrauen, dass er nie Geschirr abwaschen muss“, so Klar. Eine Zielvorgabe im Gesetz fehlte. Der Oberste Gerichtshof (OGH) bestimmte, dass im Zweifelsfall derjenige schützenswert ist, der auf das Fortbestehen einer getroffenen Vereinbarung vertraut.

Es sollte noch mehr als zwanzig Jahre dauern, bis der Paragraph 91 auf Initiative der Frauenministerinnen Johanna Dohnal und Helga Konrad 2000 um einen zweiten Absatz ergänzt wurde: Wenn sich die Lebensverhältnisse ändern – etwa, wenn eine Frau berufstätig wird – muss die Arbeitsverteilung neu

ausgehandelt werden. Überdies soll die Vereinbarung über Haushaltsführung und Berufstätigkeit „mit dem Ziel voller Ausgewogenheit der Beiträge“ („halbe-halbe“) erfolgen.

**„WENN SIE ZUSAGTE, DIE HAUSARBEIT ZU MACHEN, KONNTE ER LEBENSLANG DARAUF VERTRAUEN.“**

„Durch das partnerschaftliche Prinzip wurden viele Baustellen behoben. Die Rechte und Pflichten in der Ehe sind gleich, das schließt auch die gemeinsame Kinderbetreuung mit ein“, erzählt Klar. Ein weiterer Fortschritt der Familienrechtsreform war, dass Ehegatt:innen nur dann verpflichtet sind, dem anderen an einen neuen

Wohnsitz zu folgen, wenn es dafür triftige Gründe gibt. Davor musste die Familie ihrem Oberhaupt überall hin folgen, auch wenn der Wohnsitzwechsel nur Schikane war.

### **Scheidung und Unterhalt**

Einen wesentlichen Teil des Familienrechts macht das Scheidungsrecht aus, das sich durch die Reform ebenfalls verändert hat. Die Möglichkeit zur einvernehmlichen Scheidung wurde in Österreich 1978 geschaffen. Davor konnte eine Ehe nur bei Verschulden oder nach einer langjährigen Trennung aufgelöst werden. Letzteres bringt für die Person, die sich getrennt hat und ausgezogen ist, Nachteile mit sich.

Die Frage, was Schuld genau bedeutet und wie schwer diese wiegt, ist indivi-

duell. „Wenn ein Mann eine Freundin hat und diese Entscheidung damit begründet, dass seine Frau mürrisch sei, den ehelichen Verkehr verweigere oder unfreundlich zu seinen Verwandten gewesen sei, dann reicht das für ein Mitverschulden ihrerseits oft schon aus“, erklärt die Anwältin.

Eine Scheidung aus beidseitigem Verschulden bedeutet in Österreich, dass keiner der Ehepartner:innen Anspruch auf Unterhalt hat. Besonders für Frauen, die sich über Jahre um Kinder und Haushalt gekümmert haben und kaum berufstätig waren, hat das negative Folgen. Ohne eigenes Einkommen und mit eingeschränkten Jobchancen stehen viele nach der Trennung finanziell nicht gut da, zumal es ohne Unterhalt auch keine Witwenpension gibt.

Mit der Gesetzesnovelle im Jahr 2000 wurde diese Regelung schließlich ergänzt: Wer nach einer Scheidung wegen Betreuungspflichten für ein Kind unter fünf oder wegen langer Berufsunterbrechung nicht eigenständig für seinen Lebensunterhalt aufkommen kann, hat nun grundsätzlich auch bei beidseitigem Verschulden Anspruch auf finanzielle Unterstützung. Die Höhe des Unterhalts variiert je nach Einkommen beider. „Interessanterweise gehen Männer, die Unterhalt zahlen müssen, zum frühestmöglichen Zeitpunkt in Pension oder ihr Unternehmen macht plötzlich keine Gewinne mehr“, erzählt Klaar aus der Praxis.

### Im Einvernehmen

Rund 90 Prozent der Scheidungen sind heutzutage einvernehmlich. „Ich bringe nicht ohne Weiteres eine Scheidungsklage ein, weil das finanzielle Risiko sehr hoch ist“, sagt Klaar. Die Klage soll die Scheidung erwirken, auch ohne dass der Gatte oder die Gattin zustimmt. Doch auch einvernehmliche Scheidungen sind oft ein Ergebnis jahrelanger

Streitigkeiten und Anwaltskorrespondenz mit dem Ziel, die bestmöglichen Vereinbarungen für beide Parteien zu treffen. „Ich sage immer: Wenn schon die Liebe weg ist, sollte wenigstens die Kasse stimmen“, so Klaar. Viele Frauen würden allerdings unberaten in die Sache hineingehen, weil ihnen die finanziellen Mittel fehlen.

Ein ähnliches Problem sieht die Anwältin bei Eheverträgen. Sie rät Frauen grundsätzlich davon ab, da sie meist den vermögenden Partner begünstigen – in der Regel ist das der Mann. Selbst wenn er sich weder an der Haushaltsführung noch an der Kindererziehung beteiligt, schützt ihn ein Ehevertrag häufig vor finanziellen Verpflichtungen. Die gesetzliche Regelung zur Vermögensaufteilung hingegen berücksichtigt nicht nur finanzielle Beiträge,

---

**„WENN SCHON DIE LIEBE WEG IST, SOLLTE WENIGSTENS DIE KASSE STIMMEN“, SAGT HELENE KLAAR.**

---

sondern auch unbezahlte Arbeit in der Familie – ein wichtiger Faktor für viele Frauen. „Bei der Vermögensteilung ist noch am wenigsten hineingepfuscht worden“, sagt Klaar.

### Sorgerecht als Druckmittel

Ein weiterer wichtiger Baustein des Familienrechts ist die Frage, wer sich um die Kinder kümmert. Seit 2001 kann die gemeinsame Obsorge in Österreich nach einer Trennung oder Scheidung grundsätzlich bestehen bleiben. Damit soll die Verantwortung beider Elternteile gestärkt werden. Wie die Obsorge genau geregelt ist, obliegt den beiden Parteien.

In der Praxis nutzten Klaar zufolge Väter diese Situation als Druckmittel, indem sie einer Scheidung nur zustimmten, wenn sie ebenfalls die Obsorge

erhielten und dadurch weniger Unterhalt für das Kind zahlen mussten. Viele Frauen stimmten dem zu, selbst wenn der Vater wenig zur Betreuung beitrug. Mit einer Gesetzesnovelle von 2013 wurde die Regelung weiter verschärft: Seither können Gerichte die gemeinsame Obsorge auch gegen den Willen eines Elternteils anordnen. Wenn sich eine Mutter gegen die gemeinsame Obsorge oder umfangreiche Kontaktrechte ausspricht, läuft sie Gefahr, als „bindungsintolerant“ abgestempelt zu werden. Diese Argumentation bleibt selbst in Fällen, in denen ernsthafte Bedenken gegen den Vater bestehen, aufrecht. Fehlverhalten von Vätern, wie Vernachlässigung oder sogar Gewalt, wird laut Klaar häufig nicht ausreichend berücksichtigt.

„Nach dem Jahr 2000 sind alle Novellen im Bereich des Familienrechts – mit Ausnahme des Gewaltschutzgesetzes – zum Nachteil der Frauen ausgefallen“, fasst Klaar zusammen. In der schwarz-grünen Regierung wurde wieder darüber diskutiert, das Verschuldensprinzip abzuschaffen. Dies würde nicht nur dem Bedürfnis nach Gerechtigkeit zuwiderlaufen, sondern auch die Position des Ehegatten bzw. der Ehegattin, der/die sich ehekonform verhalten hat, im Scheidungsstreit schwächen.

Auch wenn sich in den vergangenen fünfzig Jahren viel im Familienrecht getan hat, gibt es Lücken, die es aus Sicht der Anwältin zu schließen gilt. Denn so lange Frauen diejenigen sind, die bei den Kindern zuhause bleiben, die Care-Arbeit übernehmen und weniger verdienen, haben sie bei einer Scheidung immer noch schnell das Nachsehen.

*Nadja Riahi ist freie Journalistin und Moderatorin. Sie schreibt über gesellschaftspolitische Fragestellungen, soziale Ungerechtigkeiten und die Arbeitswelt.*



# „OHNE FRAUEN GIBT ES KEINE DEMOKRATIE“

Monika Salzer ist Psychotherapeutin, Autorin, Pfarrerin im Ruhestand, Oma und Gründerin einer der größten Sozial- und Frauenbewegungen im deutschsprachigen Raum. Ein Gespräch über Demokratie, Mut und darüber, wie Zivilgesellschaft im Kindergarten beginnt.

*Interview: Milena Österreicher*

*Fotos: Karin Wasner*

**MO-Magazin:** Sie haben 2017 die Bewegung „OMAS GEGEN RECHTS“ ins Leben gerufen, als die damalige schwarz-blaue Koalition an die Macht kam. Seither halten die Omas Mahnwachen für die Einhaltung von Menschenrechten und Demokratie und waren auch bei den Protesten gegen eine mögliche blau-schwarze Regierung aktiv. Wie blicken Sie auf die vergangenen Jahre Ihres politischen Engagements zurück?

*Monika Salzer:* Bereits bei unserer ersten großen Demonstration am Tag der Angelobung der schwarz-blauen Regierung 2017, war die Präsenz von Herbert Kickl zu spüren: Rund um den Heldenplatz standen alle paar Meter Polizist:innen mit Hunden, zwei massive Wasserwerfer standen bereit. Die Polizeipräsenz war völlig unverhältnismä-

ßig. Schon damals konnte man erahnen, was mit einem – damals Innenminister – Kickl droht. Nun bin ich sehr erleichtert, dass uns das – vorerst – nochmal erspart geblieben ist.

Ich freue mich sehr, dass die Omas gegen Rechts so eine unglaublich engagierte und mutige Gruppe sind. Wir haben auch sehr viele Mitglieder in der letzten Zeit gewonnen: In Österreich sind wir rund tausend, in Deutschland etwa 30.000 Aktivist:innen. Ich habe die Initiative bewusst als feministische Bewegung gegründet, um Klischees über ältere Frauen aufzubrechen und sie als politische Kraft erkennbar zu machen. Ältere Frauen werden kaum wahrgenommen, erst recht nicht in politischen Diskussionen – dabei sind wir gerade im Alter besonders frei und können uns ohne Verpflichtungen

politisch engagieren. Erstmals in der Geschichte Österreichs – und vielleicht auch Deutschlands – gibt es eine so große Gruppe politisch aktiver Seniorinnen. Viele von uns waren bereits in den 70er-Jahren auf der Straße und sind es jetzt wieder.

**Was treibt Sie heute noch an, auf die Straße zu gehen?**

Wir sind eine Generation, die nach dem Krieg geboren wurde und viel von unseren Eltern und Großeltern über diese Zeit erfahren hat. Die Schrecken des Faschismus waren präsent, und wir trugen diese Last mit uns. 1968, inmitten der gesellschaftlichen Umbrüche, wurden wir erwachsen. Wir wollten eine Öffnung der Gesellschaft, die damals extrem konservativ war. Schon damals haben wir für Bildung, gegen den Viet-

namkrieg und für den Frieden demonstriert – oft gemeinsam mit unseren Kindern. Verantwortung war immer ein zentrales Thema, auch später in meinem Theologiestudium. Der große Theologe Dietrich Bonhoeffer prägte den Satz: „Dem Rad in die Speichen fallen“. Genau das tun wir heute.

**Nun scheint eine blau-schwarze Regierung mit Kanzler Kickl vorerst vom Tisch zu sein. Dennoch bleibt die FPÖ die derzeit stärkste Partei im Land. Wie kann es nun weitergehen?**

Wir haben die Chance bekommen, dass die Sozialpartnerschaft wieder aufstehen kann, wenn sie sich aufeinander zubewegt. Darin liegt meine Hoffnung. Ich sehe in der aktuellen Lage zwei wesentliche Kräfte, die zueinander in Beziehung stehen: die Arbeit und die Wirtschaft. Insgesamt muss ein neues Bild von Zusammenarbeit entstehen und wieder ein wertschätzender Dialog zwischen den Parteien einkehren. Wir müssen begreifen, dass wir alle voneinander abhängig sind und dementsprechend in der politischen und budgetären Notlage, in der wir uns gerade befinden, zusammenarbeiten.

Wir als OMAS GEGEN RECHTS werden jedenfalls dafür kämpfen, dass unsere Demokratie weiter ausgebaut und nicht abgebaut wird. Bruno Kreisky sagte einmal: Die Demokratie ist ein Prozess und nicht nur ein Status quo. Ich hoffe, dass es eine Entwicklung zu vermehrter Beteiligung gibt. Denn Demokratie lebt von Beteiligung und nicht davon, sich zuhause vor dem Fernseher einzukesseln. Wir bemühen uns darum, darauf aufmerksam zu machen und zu mobilisieren.

**Wer sich engagiert, sieht sich oft mit Hass und Drohungen konfrontiert. Wie erleben Sie das?**

Auf die Straße zu gehen, sich zu zeigen und öffentlich seine Positionen zu ver-



Ältere Frauen werden kaum wahrgenommen, erst recht nicht in politischen Diskussionen, sagt OMAS GEGEN RECHTS-Gründerin Salzer.

treten, verlangt auch Mut. Gerade in der aktuellen Zeit, in der auch sehr viel öffentliche Aggression ausgetragen und auch personalisiert wird. Wir müssen als Gesellschaft insgesamt an Dialogen arbeiten und nicht mit Hass.

**„DEMOKRATIE LEBT VON BETEILIGUNG UND NICHT DAVON, SICH ZUHAUSE EINZUKESSELN.“**

**Bei rechtskonservativer Politik stehen oft auch Frauenrechte unter Beschuss, wie man aktuell etwa in den USA beobachten kann. Sehen Sie Ähnliches auf uns zukommen?**

Frauen werden oft in die Opferrolle gedrängt. Doch das sind wir nicht! Wir sind die Trägerinnen der Gesellschaft. Wir erziehen Kinder und Enkel, arbeiten und halten die Wirtschaft am Laufen – oft unter widrigen Umständen. Frauenrechte sind keine Minderheitenrechte, sondern Mehrheitsrechte. Dennoch müssen wir seit Jahrhunderten um sie kämpfen. Der weltweite Angriff auf das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ist nur ein Beispiel dafür. Das dürfen wir nicht hinnehmen! Wir gestalten die Gesellschaft – und wir wehren uns.

**Warum gelingt es dann nicht, Frauen kollektiv zu organisieren und mehr Druck auszuüben?**

Das liegt zum Teil an tief verankerten Rollenbildern und jahrtausendelanger patriarchaler Unterdrückung. Frauen wird schon von klein auf ein geringeres Selbstwertgefühl vermittelt. Ihre Körper werden bewertet oder abgewertet. Viele fühlen sich ohnmächtig, weil sie auch verletzlich und empathischer sind aufgrund der jahrhundertelangen Tradition des Caring. Zudem neigen Frauen dazu, sich ins Private zurückzuziehen, anstatt sich zu vernetzen. Doch genau das müssen wir durchbrechen. Frauen müssen laut sein, sich organisieren und aktiv werden – denn ohne uns gibt es keine Demokratie.

**Sie versammeln bei den OMAS GEGEN RECHTS vorwiegend ältere Menschen. Die Idee einer Großelternkarenz wurde letztes Jahr von der ÖVP wiederholt eingebracht. Was halten Sie als Oma davon?**

Großeltern machen sowieso viel für die Familie. Sie sollen das freiwillig machen und nicht, weil sie eine Mindestpension haben, und dann noch aushelfen, damit sie ein paar Euro mehr verdienen. Das wäre zynisch. Und das möglicherweise auch noch als Ersatz für professionelle Kinderbetreuung sehen? Nein!

Im Kindergarten lernen Kinder beispielsweise zudem „Civil Society“. Sie lernen, sich mit anderen auseinanderzusetzen, Kompromisse auszuhandeln und ein Teil einer Gemeinschaft zu sein. Zuhause hingegen sind sie oft nur einem einzigen Weltbild ausgesetzt. Der Austausch mit Gleichaltrigen eröffnet ihnen weitreichendere Lernmöglichkeiten. Zuhause sind sie den Erziehungsstilen ihrer Eltern – ob förderlich oder problematisch – ausgeliefert. Doch für Kinder ist es essenziell, sich zu emanzipieren. Nur so können sie zu selbstständig denkenden, freien Menschen heranwachsen.

## ZUKUNFTSFRAGEN

# „Und, wann geht ihr wieder zurück?“

Der Machtwechsel in Syrien bewegt Exilgemeinschaften weltweit. Auch in Österreich herrscht keine Ruhe – im Gegenteil. Was wird aus den Leben, die Geflüchtete hier aufgebaut haben?

TEXT: NAZ KÜÇÜKTEKIN



Syrer:innen feierten Anfang Dezember 2024 in der Hauptstadt Damaskus den Fall des Regimes und die Flucht des Langzeitherrschers Bashar al-Assad.

„Ich habe nicht geschlafen“, erinnert sich Banan Sakbani an die Nacht vom 6. auf den 7. Dezember. „Niemand von uns hat es“, fügt sie noch hinzu. In diesen Stunden geschah das, was viele Syrer:innen kaum noch für möglich gehalten hatten: Das Assad-

Regime, das Syrien über fünf Jahrzehnte hinweg mit eiserner Hand regierte, fiel. Rebellengruppen stürzten den Diktator von der Macht. Die Familie Assad – zuerst Hafiz, später sein Sohn Bashar – hatte das Land seit 1971 beherrscht. Unter Bashars Herrschaft brach 2011

ein brutaler Bürgerkrieg aus, der Millionen Menschen zur Flucht zwang. In Österreich leben derzeit rund 95.000 von ihnen. Seit 2015 haben 86.905 Menschen aus Syrien eine positive Asylentscheidung erhalten, weitere 17.421 wurden mit subsidiärem Schutz aner-

kannt. Auch Sakbani und ihre Familie flohen und fanden in Österreich Schutz. Seit sieben Jahren lebt die 22-Jährige mit dem Status eines anerkannten Flüchtlings in Wien, studiert Jus, und arbeitet nebenbei in einer Kanzlei.

### Beängstigende Debatten

Zum ersten Mal, seitdem sie ihre Heimat verlassen musste, blickt sie hoffnungsvoll in dessen Zukunft. „Es ist unglaublich, meine Verwandten in Damaskus beim Telefonieren zum ersten Mal ihre eigenen Meinungen sagen zu hören“, erzählt sie. Die Menschen vor Ort seien erleichtert. „Es verändert sich gerade sehr viel. Eine neue Verfassung soll kommen“, zeigt sich Sakbani zuversichtlich. Bald, so hofft sie, könne sie ihre Verwandten in Syrien besuchen. Fragt man die junge Frau nach ihren

---

**"Es ist unglaublich,  
meine Verwandten zum ersten  
Mal ihre Meinung sagen  
zu hören", erzählt Sakbani.**

---

Sorgen und Ängsten, sind diese vielmehr auf Österreich bezogen. Und die Debatten, die schon kurz nach dem Machtwechsel begannen. „Es ist absolut nicht in Ordnung, davon zu sprechen, Menschen wieder nach Syrien abschieben zu wollen“, betont sie. Viele hätten sich in den Jahren hier ein Leben aufgebaut. „Man sollte es den Menschen selbst überlassen, wie und wo sie leben wollen“, findet sie.

### Familiennachzug ausgesetzt

Schon binnen kürzester Zeit zeigen innenpolitische Ankündigungen allerdings eine andere Realität: Von Rückkehr und Härte wird gesprochen. Einen Tag nach dem Sturz des Assad-Regimes beauftragte der damalige Bundeskanzler Karl Nehammer Innenminister Gerhard Karner damit, alle laufenden Asylverfahren syrischer Geflüchteter vorerst



Banan Sakbani ist seit sieben Jahren in Österreich und studiert derzeit Jus. Die 22-Jährige findet es nicht in Ordnung, Syrer:innen abschieben zu wollen, die ihr Leben hier aufgebaut haben.

auszusetzen. Auch bereits erteilte Asylbescheide sollen einer Überprüfung unterzogen werden. Betroffen sind rund 7.300 offene Verfahren in erster Instanz. Innenminister Karner kündigte zudem an, ein Rückführungsprogramm nach Syrien vorzubereiten. Jetzt, wo Assad weg ist, könnten Geflüchtete ja wieder in ihr Land zurück, ist auch ein Tenor, der sich in Teilen der Gesellschaft etabliert.

„Und, wann geht es wieder zurück nach Syrien?“, fragte Tareks Chef ihn kurz nach den Entwicklungen in seinem Heimatland. Es sollte ein Scherz sein. Doch lachen kann Tarek, 2015 als Geflüchteter nach Österreich gekommen, wenig darüber. „Ich verstehe nicht, was für ein Problem Menschen mit uns ha-

ben“, fragt sich der 43-Jährige in seinem Wohnzimmer in Wien Ottakring. Seit 2015 lebt er hier. Er arbeite als Fliesenleger, zahle Steuern und tue niemandem etwas an, betont er mehrmals. Seine Frau Lin nickt (mit ihren Nachnamen möchte das Paar nicht genannt werden). Sie ist über die Rot-Weiß-Rot-Karte erst Oktober vergangenen Jahres nach Wien gekommen. In Syrien hatte sie als Lehrerin an einer Mittelschule unterrichtet. Das möchte sie auch in Österreich in Zukunft tun. Vorher hat sie aber noch eine andere Priorität. Lin und Tarek, deren Familien früher Nachbarn in einem Vorort von Damaskus waren, erwarten im August ihr erstes Kind. „Wir möchten, dass unser Kind hier aufwächst und zur Schule geht“, er-

klärt die 35-Jährige. Trotz der Erleichterung über den Sturz des Regimes bleibt sie vorsichtig: „Wir wissen nicht, wie sich Syrien weiterentwickeln wird.“

### „Aktuell wissen wir es nicht“

Für Lukas Gahleitner-Gertz von der Asylkoordination Österreich ist die unvorhersehbare Zukunft Syriens der entscheidende Punkt bei der Beurteilung der aktuellen Lage. „Was wir wissen, ist, dass das Assad-Regime in seiner bisherigen Form zu Ende gegangen ist. Aber wie die neue Verfassung aussehen wird, ob es zu einer nachhaltigen Demokratisierung und einer besseren Sicherheitslage kommt, das können wir derzeit nicht seriös sagen“, betont er.

Es gebe viele offene Fragen: Wird der Staatsapparat reformiert? Was geschieht mit den Strukturen, die jahrzehntelang für die Verfolgung von Menschen verantwortlich waren? Kommt es zu Prozessen und einer Aufarbeitung? Oder bleibt es bei personeller Kontinuität? Auch der Umgang der neuen Machtelite mit politisch Andersdenkenden sei entscheidend. Gahleitner-Gertz erklärt, dass möglicherweise neue Fluchtgründe eine Rolle spielen könnten, sollten grundlegende Veränderungen ausbleiben: „Das ist alles sehr komplex. Aktuell wissen wir es schlicht nicht.“

Bis diese Fragen beantwortet werden können, ist auch der Familiennachzug eine offene Causa. Etwa 5.000 syrische Verfahren sind hier aktuell anhängig. Positive Bescheide, die eine Einreise ermöglichen würden, wurden vorläufig ausgesetzt. „Momentan gibt es keine Einreisen über das Familienverfahren“, so Gahleitner-Gertz. Was laut dem Experten aber mit Sicherheit festgestellt werden konnte, ist, dass Mitteilungen über mögliche Aberkennungsverfahren verschickt werden. Das sei aber noch kein Grund zur Panik. „Das bedeutet nach wie vor nicht, dass die Personen jetzt nicht rechtmäßig aufhältig sind,



Momentan könne man noch nicht beurteilen, ob es in Syrien zu einer nachhaltigen Demokratisierung und besseren Sicherheitslage kommen wird, meint Lukas Gahleitner-Gertz von der Asylkoordination.

sondern dass es mal zur Einleitung eines Verfahrens kommt“. Grundsätzlich könne man sagen, dass diejenigen, die einen Schutzstatus haben, diesen weiterhin behalten. Das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl selbst bzw. der Direktor der Behörde habe mitgeteilt, dass er vorerst keine Voraussetzungen sieht, hier Aberkennungen durchzuführen.

### Auch der Umgang der neuen Machtelite in Syrien mit politisch Andersdenkenden wird entscheidend sein.

#### Angst vor Verschärfungen

Mit den jüngsten politischen Entwicklungen in Österreich könnten die Bedingungen für Geflüchtete und Hilfsorganisationen dennoch schwieriger werden. „Mit einer FPÖ-ÖVP-Regierung müssen wir mit drastischen Maßnahmen im Asylbereich rechnen“, warnte Gahleitner-Gertz noch im Jänner. Die FPÖ orientiere sich in ihrer Flüchtlingspolitik stark an Viktor Orbáns Ungarn, wo das Asylrecht weitgehend außer Kraft gesetzt sei.

Offen ist zu Redaktionsschluss noch, welche Regierungskonstellation es in

Österreich geben wird. Der Asylexperte zeigt sich jedenfalls entschlossen: „Wir bereiten uns vor, um die Rechte von Geflüchteten auch weiterhin durchzusetzen.“

Für Tarek und Lin wäre ein Leben, anderswo, auch in Syrien wieder, im Grunde vorstellbar: „Wir würden das schon schaffen.“ Doch gegenüber ihrem Kind sehen sie eine Verantwortung: „Wir möchten nicht, dass unser Kind uns in Zukunft Vorwürfe macht, dass wir ihm Chancen genommen haben, weil wir nicht in Österreich geblieben sind“. Auch für Banan Sakbani steht fest, dass ihre Zukunft hier ist. Ihre Familie in Syrien will sie bei der ersten Gelegenheit besuchen und wiedersehen. „Mit meinem Asylstatus geht das derzeit leider nicht. Ich muss noch warten, bis sich das klären wird“, sagt sie.

*Naz Küçüktekin war bei der Wiener Bezirkszeitung, dem biber Magazin, bei Profil und zuletzt beim Kurier tätig, wo sie sich im Ressort „Mehr Platz“ vor allem mit migrantischen Lebensrealitäten beschäftigte. Das tut sie nun weiterhin als freie Journalistin.*

## MEDIENWELTEN

# Blaues Paralleluniversum

Im Umfeld der FPÖ hat sich ein großes Netzwerk an extrem rechten „alternativen Medien“ gebildet. Christian Hafenecker kündigte im Jänner 2025 an, dass sogar ein „FPÖ-Medienhaus“ geplant sei. Wie kann die Gesellschaft hier gegensteuern?

GASTKOMMENTAR: LUIS PAULITSCH



**W**ir brauchen eine faire und transparente Förderstruktur, die die Entwicklung und Etablierung alternativer Medienkanäle ermöglicht.“ Dieser Satz findet sich im Wahlprogramm der FPÖ, mit dem sie bei den Nationalratswahlen 2024 stimmenstärkste Partei wurde. Die Forderung nach staatlichen Förderungen für „Alternativmedien“ kam nicht ganz überraschend, gibt es doch zahlreiche solcher Kanäle im Umfeld der FPÖ. Obwohl die Koalitionsgespräche mit der

ÖVP gescheitert sind, dürfte das blaue Mediennetzwerk in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden. Was bedeutet diese Entwicklung für die Demokratie?

## „Alternativmedien“ im Rechts-extremismus

Alternative Medien dienen dem Aufbau von *Gegenöffentlichkeiten* und grenzen sich daher vom „Mainstream“ bzw. den etablierten Leitmedien ab. In den vergangenen Jahrzehnten hat der Begriff

„Alternativmedium“ jedoch einen gewissen Bedeutungswandel erfahren: In den 1970er Jahren verstanden sich beispielsweise lokale Stadtzeitungen oder Freie Radiosender bewusst als Gegenöffentlichkeit. Jene Projekte waren eng mit damaligen sozialen Bewegungen verbunden, etwa der 68er- oder der Umweltbewegung. Erst ab der Jahrtausendwende beanspruchte die extreme Rechte den Begriff „Alternativmedium“ zunehmend für sich. Mittlerweile gibt es im rechtsextremen



Rechtsextreme Medienplayer erfuhren in den vergangenen Jahren einen starken Aufwind. Antreiber dafür waren die Themen Migration und Corona.

Spektrum ein großes publizistisches Umfeld, das global vernetzt ist und sich im digitalen Raum gegenseitig unterstützt. Dazu gehören vermeintliche Nachrichtenseiten, aber auch Blogs, Verlage und reichweitenstarke Social-Media-Accounts. Ihr Ziel ist ein kultureller Bewusstseinswandel im *vorpolitischen Raum* – das, was in neurechten Kreisen als „Metapolitik“ bezeichnet wird. Dabei haben rechtsextreme „Alternativmedien“ eine Scharnierfunktion, indem die von ihnen behandel-

ten Themen oder *Wordings* Einzug in den bürgerlichen Mainstream erhalten können – man denke etwa an Begriffe wie „Gender-Wahn“ und „Remigration“ oder den #Stolzmonat, eine rechte Social-Media-Kampagne, die sich gegen den queeren Pridemonth richtet.

#### Von Migration zu Corona

Wie gelang der Aufstieg rechtsextremer Medienplayer? Als wichtige Zäsur gilt hier das Jahr 2015: Im Zuge der „Flüchtlingskrise“ standen traditionelle

Leitmedien in der Kritik, einseitig bzw. politisch voreingenommen zu berichten. Außerdem machten es die sozialen Plattformen für pseudojournalistische Formate leichter möglich, weit über ihre Zielgruppe hinaus Reichweite zu erlangen. Das Potenzial digitaler Gegenöffentlichkeiten wurde damals speziell von der extremen Rechten erkannt. So entstanden zahlreiche Onlinekanäle, die gegen Angela Merkels Migrationspolitik kampagnisierten und nicht selten auf den Mythos vom „Großen Aus-

tausch“ anspielen. Gleichzeitig wurden etablierte Medien angegriffen, allen voran die Öffentlich-Rechtlichen, und mit dem historisch vorbelasteten Begriff „Lügenpresse“ diskreditiert.

Ab 2015 entstanden auch in Österreich neue „Alternativmedien“ mit verstärkter Social-Media-Präsenz, darunter *Info-DIREKT* und der *Wochenblick*. Jene Player zeigten wenig Berührungsängste zu rechtsextremen Akteur:innen wie der „Identitären Bewegung“, was sich etwa in personellen Überschneidungen oder einer wohlwollenden Berichterstattung äußerte. Daneben gab es von Beginn an eine auffallende Nähe zu einer bestimmten Partei in Österreich – der FPÖ. Es überraschte daher auch nicht, als in der späteren türkis-blauen Regierung einige „Alternativmedien“ Inserate von FPÖ-geführten Ministerien erhielten.

Eine weitere Zäsur stellte die Coronapandemie dar. Auch hier gab es Kritik, dass etablierte Medien über die Schutzmaßnahmen der Bundesregierung undifferenziert berichten würden. Rechtsextreme nutzten dieses Momentum, um im digitalen Raum neue Anhänger:innen zu gewinnen. Eine gewichtige Rolle spielten dabei neuerlich „Alternativmedien“, die Desinformation zu COVID19 verbreiteten und das Virus als Teil einer globalen Verschwörung darstellten, Stichwort „Great Reset“. Zu dieser Zeit entstand auch der rechtsextreme Onlinekanal *AUF1*, der zum Leitmedium der Querdenker-Szene avancierte und mittlerweile im gesamten deutschsprachigen Raum aktiv ist.

### Das Verhältnis zur FPÖ

In Österreich weist heute so gut wie jedes rechtsalternative Medium ein Naheverhältnis zur FPÖ auf. Viele sprechen von einem eigenen „Medienimperium“, das die FPÖ bereits seit 2009 aufgebaut habe. Zu einem Teil handelt es sich um ausgewiesene Parteikanäle, wie *FPÖ.TV*



Luis Paulitsch nimmt rechte "Alternativmedien" für sein neues Buch genau unter die Lupe.

oder die Facebook-Seite von Herbert Kickl mit rund 300.000 Follower:innen. Dazu kommen pseudojournalistische Medien, die im rechtsextremen Umfeldmilieu verortet werden, zugleich aber personelle und ökonomische Verbindungen zur FPÖ pflegen. Der deutsche Kommunikationswissenschaftler André Haller spricht in dem Zusammenhang von einer *symbiotischen In-*

---

### Es geht nicht um Kritik an demokratischen Prozessen oder Institutionen, sondern um radikale Delegitimierung.

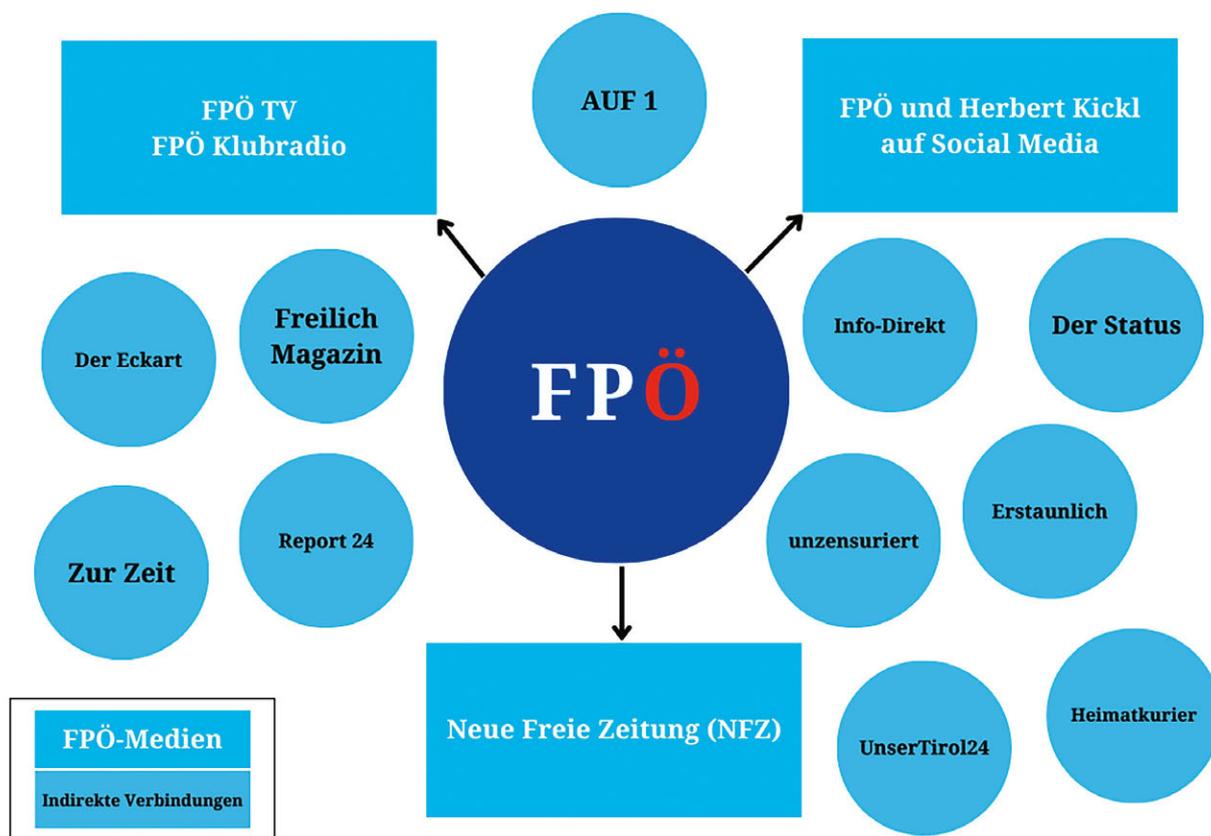
---

*terpendenz* zwischen rechten Parteien und „alternativen Medien“, die seit einigen Jahren weltweit zu beobachten sei. Die Zusammenarbeit zwischen FPÖ und „alternativen Medien“ wurde nach Beendigung der türkis-blauen Regierung infolge des „Ibiza-Videos“ nochmals intensiviert. Dies wurde vom FPÖ-Mediensprecher Christian Hafenecker bei einer AfD-Tagung im Herbst 2020 offen eingestanden, der damals von einer „strukturierten Vorgehensweise“ sprach, um „sich gegenseitig zu helfen“, etwa durch Treffen mit den Redakteur:innen. Das symbiotische Verhältnis zeigt sich auch durch regel-

mäßige Auftritte hochrangiger FPÖ-Politiker:innen bei rechtsalternativen Medien oder in prominenten Werbeschaltungen. Ob *Unzensuriert*, *Der Status* oder *AUF1* – auf jeder Startseite findet sich meistens ein Inserat der Partei. Das Medienimperium der FPÖ stellt den seriösen Journalismus vor Herausforderungen: Die Kommunikation mit unabhängigen Medien wird immer öfters verweigert, während man mit „Alternativmedien“ einen exklusiven Informationsaustausch pflegt. So sagte Herbert Kickl im vergangenen Jahr bei Formaten des Privatsenders *Puls4* ab, um stattdessen bei parteinahen Kanälen aufzutreten. Und als Kickl im Herbst die Nationalratswahl gewann, gab er sein erstes Interview dem Verschwörungssender *AUF1*. Außerdem dürfte sich auch die FPÖ-Wähler:innenschaft zunehmend vom unabhängigen Journalismus abwenden. Eine Studie vom *Gallop* Institut und dem *Medienhaus Wien* gelangt zum Ergebnis, dass sich FPÖ-Sympathisant:innen über die Nationalratswahl 2024 zu 19 Prozent über alternative Onlinemedien informierten. Zum Vergleich: Bei den Grünen waren es nur 5 Prozent.

### Was kann die Gesellschaft tun?

Der aktuelle Anstieg extrem rechter Onlinemedien birgt ein demokratiefährdendes Potenzial. Im Gegensatz zu früheren alternativen Medien geht es nicht um (berechtigte) Kritik an demokratischen Prozessen oder Institutionen, sondern um deren radikale Delegitimierung. Desinformation, Verschwörungsmymen und permanente Feindbilder schaffen eine mediale Echokammer, aus der viele Menschen nur noch schwer herausfinden. Es stellt sich somit die Frage, wie Politik, Medien und Zivilgesellschaft hier gegensteuern können. Eine blau-türkise Regierung wäre gegen den wachsenden Einfluss pseudojournalistischer und teils rechtsext-



In Österreich weist heute so gut wie jedes rechtsalternative Medium ein Naheverhältnis zur FPÖ auf, schreibt Medienethiker Luis Paulitsch.

remer „Alternativmedien“ wohl kaum aktiv geworden. Wie eingangs angemerkt, forderte die FPÖ für alternative Medienkanäle sogar explizit neue Förderstrukturen, die mutmaßlich den ihr nahestehenden Publikationen zugutekommen sollten. Umso mehr ist eine künftige Regierung gefordert, in puncto Medienförderung präzise Kriterien zu schaffen: In einer liberalen Demokratie sollte Steuergeld lediglich an solche Medien gehen, die journalistische Qualitätsstandards einhalten, was unter anderem die verpflichtende Mitgliedschaft in einem repräsentativen Selbstkontrollorgan umfasst. In Zeiten von Clickbaiting, Desinformation und KI erscheint diese politische Maßnahme notwendiger denn je.

Blicken wir weiters auf die Rolle des seriösen Journalismus: Hier wurden Rechtsaußen-Medien lange tendenzi-

ell vernachlässigt, wohl auch um ihnen nicht unnötig viel Aufmerksamkeit zu schenken. Mittlerweile besteht zwischen FPÖ und rechtsalternativen Medien jedoch ein symbiotisches Verhältnis, das de facto ein Thema der Innenpolitik darstellt. Insofern sollten professionelle

### In einer liberalen Demokratie sollte Steuergeld nur an Medien gehen, die journalistische Qualitätsstandards einhalten.

Medien auch darum bemüht sein, FPÖ-Politiker:innen konsequent mit den Inhalten und Entwicklungen „alternativer Medien“ zu konfrontieren, was bislang selten der Fall ist.

Und auf zivilgesellschaftlicher Ebene besteht die Notwendigkeit, in der (digitalen) Öffentlichkeit ein Gleichgewicht herzustellen. Denn die jüngsten

Ankündigungen der FPÖ deuten darauf hin, dass ihr Netzwerk rechtsalternativer Medien weiterwachsen wird. Gerade hier entsteht für zivilgesellschaftliche Akteur:innen aber eine Chance, eigene Kanäle aufzubauen, die sich als Alternative zum rechten Mediennetzwerk begreifen und somit auch für das FPÖ-Publikum ein potenzielles Gegenangebot bilden. Kurzum: Es benötigt eine „Alternative zur Alternative“ – eine Aufgabe, die in den nächsten Jahren auch die anderen Parteien stärker beschäftigen sollte.

*Luis Paulitsch ist Jurist, Zeithistoriker und Medienethiker. Seit 2024 arbeitet Paulitsch bei der DATUM STIFTUNG für Journalismus und Demokratie. Im Herbst erscheint sein erstes Buch zum Thema „Alternative Medien“ bei Springer VS.*

## UKRAINER:INNEN IN ÖSTERREICH

# „Ich werde morgen darüber nachdenken“

Ukrainer:innen stehen weiterhin vor einer ungewissen Zukunft in Österreich. Manche sind zudem von Rückzahlungen betroffen, die es ihnen erschweren könnten, in die Ukraine zurückzukehren.

TEXT: MAGDALENA PICHLER

**O**ksana\* ist gerade im Zentrum des humanitären Vereins „Train of Hope“ beschäftigt. Menschen sitzen dort auf hellen Polstermöbeln und unterhalten sich. Oksana, die aus der Ukraine kommt, arbeitet ehrenamtlich mit. Der Verein hat ihr unter anderem geholfen, Möbel für ihre Wohnung zu finden. Nun möchte sie sich auch selbst einbringen. Oksana ist eine von 80.665 ukrainischen Staatsangehörigen, darunter rund 70.000 ukrainischen Vertriebenen, die laut Österreichischem Integrationsfonds (ÖIF) aktuell in Österreich leben. Der überwiegende Teil der Geflüchteten sind Frauen, da die Männer im wehrpflichtigen Alter nicht ausreisen dürfen. In der Ukraine hat Oksana als Informatikerin gearbeitet. In Österreich, wo sie seit Juni 2024 lebt, besucht sie einen Deutschkurs. Auch Svetlana\* lernt Deutsch. Sie kommt gerne in das Zentrum von Train of Hope. Die Pensionistin möchte ebenfalls nur mit dem Vornamen genannt werden. Sie kam vor zwei Jahren aus der Ukraine nach Österreich. „Ich bin nur mit einer Tasche und einem Rucksack gekommen und habe mein Leben wieder aufgebaut“, er-



Können ukrainische Geflüchtete in Österreich bleiben, und wenn ja, wie lange? Expert:innen warnen, dass Unsicherheit bezüglich der Aufenthaltsperspektive die Integration beeinträchtigen kann.

zählt sie und zeigt auf ihre Tasche. Die herzliche Frau lässt sich sichtlich nicht unterkriegen.

Das Zentrum von Train of Hope nennt Svetlana eine Art „Zuhause“. Dort trifft sie andere Menschen aus der Ukraine. Besonders gern geht sie in die Kreativwerkstatt, wo sie ihr Gewand reparieren kann, wenn etwas kaputt ist. Eine kleine Bibliothek gibt es auch. „Vom Winde verweht“ von Margaret Mitchell ist Svetlanas Lieblingsbuch. Ein Zitat der Protagonistin Scarlett O’Hara gefällt ihr besonders gut: „Ich werde morgen darüber nachdenken“. Das ist derzeit auch Svetlanas Motto.

Denn heute an das Übermorgen zu denken, ist für viele Ukrainer:innen in Österreich nicht leicht. „Als größte Herausforderung und Belastung der Vertriebenen erleben wir derzeit die große Ungewissheit“, sagt Nina Andresen von Train of Hope. Für Geflüchtete aus der Ukraine gibt es in Österreich einen temporären Schutz. Dieser basiert auf einer EU-Richtlinie, die derzeit bis März 2026 gilt. Das sorgt für Unruhe bei den betroffenen Personen, beobachtet auch Lukas Gahleitner-Gertz von der Asylkoordination österreich. „Zu Beginn wollten viele Ukrainer:innen nach Hause zurück-

kehren. Mittlerweile hat sich das geändert, vor allem bei jenen, die Kinder haben, die nun in Österreich zur Schule gehen“, sagt er.

Zu jenen zählt auch Oksana. Sie ist Mutter einer Tochter und eines Sohnes, beide im Teenageralter. Für den Sohn habe man trotz vieler Anfragen nur ein Angebot für einen Platz an einer polytechnischen Schule bekommen: „Mit dieser Schule sind wir aber sehr zufrieden.“ Ihr Sohn, der in der Ukraine mehrere Preise in der Schule erhalten hatte, würde später gerne studieren. Sie könnten sich vorstellen, in Österreich zu bleiben, sagt Oksana. Eine „Rot-Weiß-Rot – Karte Plus“ würde sie beantragen, sobald sie die Voraussetzungen erfülle. Die Karte ermöglicht eine Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit. Die Hürden sind jedoch hoch. Ein Kriterium ist ein gesichertes Einkommen. Der Netto-Richtsatz 2025 für Alleinstehende liegt bei 1.273,99 Euro. Sinnvoller wäre laut Gahleitner-Gertz eine Überstiegsmöglichkeit zum EU-Daueraufenthalt: „Wir wissen aus Erfahrung, dass besonders die Unsicherheit bezüglich der Aufenthaltsperspektive die Integration massiv beeinträchtigen kann.“ Ein weiteres Thema, das vielen nach wie vor Sorgen bereitet, sind die Nostrifizierungen, also die Anerkennung von Zeugnissen bzw. Studienabschlüssen. Auf Termine bei der Anerkennungsstelle ENIC NARIC müsse man mittlerweile ein Jahr warten.

### Eine Frage des Geldes

Wellen geschlagen hatte zuletzt, dass Pensionist:innen aus der Ukraine mit Rückzahlungen konfrontiert waren. Behörden haben drei Jahre nach der Auszahlung von Leistungen Zeit, Rückerstattungsansprüche zu prüfen. Ukrainer:innen hätten damals das gesamte Einkommen angeben müssen, manche Betroffene berichteten laut eines Profil-Berichts von Sprachbarrieren



Oksana\* und ihre beiden Kinder wünschen sich eine langfristige Perspektive in Österreich.

beim Ausfüllen der Formulare. Die Situation sei laut Gahleitner-Gertz gerade am Anfang noch unklar gewesen, auch weil die Ukrainer:innen als Gruppe einen speziellen rechtlichen Status hätten. Nun werden bei Pensionist:innen in der Grundversorgung Nachzahlungen eingefordert.

### Nachzahlungen bringen nun einige Ukrainer:innen dazu, ihre Bezugspunkte in der Ukraine aufzugeben.

Svetlana kennt zwei Personen, die betroffen sind: Eine müsse 1800 Euro zurückzahlen, eine andere 1200 Euro. Die Pensionen in der Ukraine seien mit 50 bis 150 Euro im Monat generell sehr gering, so Gahleitner-Gertz. Mit diesen Pensionen würden viele die Kosten ihrer Wohnungen in der Ukraine bezahlen. Gahleitner-Gertz gibt zu bedenken, dass die Nachzahlungen, mit denen ukrainische Pensionist:innen in Österreich konfrontiert sind, einige Menschen dazu bringt, ihre Bezugspunkte in der Ukraine aufgeben zu müssen – was wiederum eine Rückkehr erschwere. Mit Blick auf eine Rückkehr habe man am Anfang auch die Autos der Ukrainer:innen gesehen. Aktuell wer-



Nina Andresen von Train of Hope beobachtet die wachsende Sorge bezüglich der Ungewissheit.

den die Benutzungskosten bei der Berechnung der Grundversorgung einberechnet. Einige Bundesländer prüfen dies nun. Gahleitner-Gertz zufolge werden die Daumenschrauben für ukrainische Geflüchtete derzeit in ganz Europa angezogen. Oksana und Svetlana ist es dennoch ein Anliegen, sich bei den Österreicher:innen für die Aufnahme zu bedanken.

Ob, es etwas gibt, dass sie sich aktuell in Österreich wünschen? Oksana fände es hilfreich, wenn bei der behördlichen Zuteilung von Wohnungen bedacht wird, dass Teenager, wie Svetlanas Kinder, einen realistischen Weg in die Arbeit oder in die Schule haben. Svetlana würde sich freuen, manchmal ein bisschen Geld für Kleinigkeiten für sich selbst übrig zu haben. Ob all ihre Wünsche in Erfüllung gehen, wird sich zeigen. Wahrscheinlich nicht heute oder morgen, aber vielleicht bald.

*\*Beide Frauen möchten hier nur mit dem Vornamen genannt werden.*

**Magdalena Pichler** ist freie Journalistin mit einem Schwerpunkt auf Kultur und Gesellschaft. Sie studierte u. a. Journalismus an der FH Wien der WKW.

## POPULÄR GESEHEN

## Schritt für Schritt

Über kleine Schritte: zum großen Bösen, aber auch in die andere Richtung.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK  
Illustration: Petja Dimitrova

Jeder Schritt war so winzig, so belanglos, so plausibel gerechtfertigt, dass auf täglicher Basis niemand verstand, was das Ganze im Prinzip bedeuten sollte und wohin all diese ‚winzigen Maßnahmen‘ eines Tages führen würden.“ Das schrieb der Publizist Milton Mayer in seiner Studie über Erfahrungen von Leuten der 1930er und -40er-Jahre in Deutschland. „Auf täglicher Basis verstand es keiner, genau so wenig wie ein Bauer in seinem Feld sein Getreide von einem Tag auf den nächsten wachsen sieht. Jede Handlung ist aber schlimmer als die letzte, doch nur ein wenig schlimmer.“ Ein Angriff auf die unabhängige Justiz da, eine Einschränkung der freien Medien dort, eine Beschimpfung von Minderheiten hier, ein Sündenbock da, Menschenrechte in Frage stellen dort, eine Verhöhnung evidenzbasierter Wissenschaft dazu. Ein Interviewter vor hundert Jahren: „Nun lebst du in einer Welt bestehend aus Hass und Furcht, und die Leute, die hassen und fürchten, wissen nicht einmal selbst, dass, wenn jeder transformiert ist, keiner transformiert ist. Du hast Dinge akzeptiert, die du vor



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

fünf Jahren nicht akzeptiert hättest, oder vor einem Jahr.“

„So übten sie vorsichtig ihre Methode: immer nur eine Dosis und nach der Dosis eine kleine Pause. Immer nur eine einzelne Pille und dann einen Augenblick Abwartens, ob sie nicht zu stark gewesen, ob das Weltgewissen diese Dosis noch vertrage.“ Stefan Zweig schreibt ähnliche Erfahrungen aus den 1930er Jahren wie Milton Mayer nieder. In Mayers Alltagsbeobachtungen aus dem real existierenden Autoritarismus klingt das so: „Im politischen wie im persönlichen Bereich ebnet der Nichtwiderstand gegen die milderen Anlässe den Weg für den Nichtwiderstand gegen die tödlicheren.“

„Zum großen Bösen kamen die Menschen nie mit einem Schritt, sondern mit vielen kleinen, von denen jeder zu klein schien für eine große Empörung“, ergänzt Schriftsteller Michael Köhlmeier heute. In dieser Beobachtung ist auch ein Hoffnungsfunkel versteckt. Wenn die Schritte zum Bösen taugen, dann taugen sie auch in die andere Richtung. Kein Schritt ist belanglos. Kein Schritt ist umsonst.

## POLIZEIKOLUMNE

## Ein Jahr EBM

Wie hat sich die Ermittlungs- und Beschwerdestelle Misshandlungsvorwürfe (EBM) bewährt? Und woran kann man ihren Erfolg eigentlich messen?

POLIZEIKOLUMNE - PHILIPP SONDEREGGER  
BEOBACHTET DIE STAATSGEWALT.  
Illustration: Petja Dimitrova

Am 22. Jänner des Jahres 2024 nahm die Ermittlungs- und Beschwerdestelle Misshandlungsvorwürfe (EBM) ihre Arbeit auf. Internationale Organisationen, NGOs und Expert:innen hatten mehr als ein Jahrzehnt auf unabhängige Untersuchungen von polizeilichem Fehlverhalten gedrängt. Die Lösung wurde eine österreichische: Türkis-Grün siedelte die Stelle im Bundesamt für Korruptionsbekämpfung an – also außerhalb der Polizei, aber im Innenministerium.

Wie hat sich nun die EBM nach einem Jahr bewährt? Nimmt man die Anzahl der Beschwerden, so dürfte die Stelle bei Betroffenen hohe Akzeptanz genießen. In den Jahren vor Einrichtung der EBM sind im Schnitt jährlich 300 Vorwürfe gegen die Polizei erhoben worden. Fast doppelt so viele Anzeigen langten seit ihrer Einrichtung bei der EBM ein.

Es liegt nahe, den Erfolg der EBM auch an der Zahl der verurteilten Polizist:innen zu messen. Von über 500 Vorwürfen wurde einer diversivonell erledigt, bei nur zwei weiteren kam es zur Anklage. Aber diese Sichtweise führt in die Irre und würde den

RE-CHECK



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

Skeptiker:innen recht geben. Denn es ist nicht die Aufgabe der EBM, Polizist:innen zur Strecke zu bringen. Die EBM wurde eingerichtet, um die objektive Beweislage gründlich und rasch zu ermitteln. Es obliegt der Justiz, den Sachverhalt zu beurteilen und Übeltäter:innen zu bestrafen. Auch in der Polizei findet ein Umdenken statt. Vor der Einrichtung der EBM hatte die freiheitliche Polizeigewerkschaft vor einer „Vernadungsstelle“ gewarnt und die EBM als NGO-Polizei dämonisiert. Nachdem sich herumsprach, dass bei der EBM ganz normale Polizist:innen ermitteln, ist die anfängliche Skepsis einer realistischeren Einschätzung gewichen. Der beste Indikator für eine gute Arbeit der EBM ist aber immer noch das Vertrauen der Betroffenen. Nachlässige Ermittlungen sprechen sich rasch herum und wer schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht hat, überlegt sich eine Anzeige ohnehin zweimal. Für den Erfolg der Ermittlungs- und Beschwerdestelle ist daher auch entscheidend, dass bei Betroffenen nicht die falsche Erwartung geweckt wird, die EBM erfülle die Aufgabe der Justiz.

## Vom Ausbrennen und Finden

Ausbrennen – ein Gefühl, das viele Menschen kennen, die sich für gesellschaftliche Themen einsetzen. Es ist Zeit wieder neu zu starten – nur wie?

VANESSA SPANBAUER CHECKT MEHRFACH: EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT, FEMINISMUS UND MIGRATION.

Illustration: Petja Dimitrova



Vanessa Spanbauer ist Journalistin und Historikerin aus Wien.

Wenn ich an meine 20er zurückdenke, hatte ich unendliche Energie für Dinge zu kämpfen, die mir wichtig waren, und gegen Dinge, die ich als hochproblematisch ansah. Sei es Rassismus, Diskriminierung, Sexismus oder Ungleichbehandlung jeder Art. Ich weiß nicht mehr wie, doch ich konnte studieren, arbeiten und in der Freizeit immer noch allerhand Themen bearbeiten. Zehn Jahre später sah die Welt anders aus. Eine Müdigkeit machte sich breit. Ich war müde davon immer dieselben Diskussionen zu führen und zu wiederholen. Die Veränderungen, die ich anstrebte, hielten sich in Grenzen. Und Grenzen musste ich für mein Privatleben setzen, um nicht vollkommen unterzugehen. Diese Phase beschäftigt mich seit einiger Zeit. Die Weltlage lässt mich daran zweifeln, wie lange ich diese Pause noch machen kann. Nur fällt es mir ehrlicherweise schwer da anzuschließen, wo ich einmal war. Zeit hilft dabei zu erkennen, dass einige Diskussionen und Aktionen weitergegeben werden können – an eine jüngere Generation und an Menschen, die noch mehr Energie

haben. In andere sollte ich mich wieder mehr einbringen. Möglicherweise ist es an der Zeit neue Ansätze zu suchen, um neue Kraft zu finden. Wir sollten uns und unsere Erfolge und Mitstreiter:innen mehr feiern. Und fragen, wie man dranbleibt und welche Möglichkeiten es gibt, sich langfristig den wichtigen Themen zu widmen. Mir hat es geholfen, mit Menschen zu sprechen, die diese Arbeit vor mir gemacht haben. Menschen, die mich inspiriert haben. Menschen, die ihre Motivation immer wieder gefunden haben. In Zeiten wie diesen brauchen wir den Rat dieser Vorreiter:innen. Und die Erzählungen ihres Ausbrennens und des Neubeginns. Irgendwann hoffe ich auch einmal die Person zu sein, die jüngere Personen beraten kann, wenn sie zum ersten Mal an ihre Grenzen stoßen.

## KOLUMNE

# Das ist zu wenig

Einblicke in das (Er-)Leben der österreichischen Gesellschaft aus Sicht einer Wiener Muslima. Mit dunkelbuntem Humor und feurigem Temperament, aus dem Herzen Österreichs.

KOLUMNE: MENERVA HAMMAD

**E**s ist wieder soweit! Der Weltfrauentag und seine Feierlichkeiten sind allgegenwärtig. Entweder werden Sie auf der Straße mit Blumen und Sekt beschenkt, oder vielleicht gibt es ein Angebot auf Schuhe, nur für Frauen, versteht sich. Und obwohl so viele von uns vor Wut fast schon explodieren, denn die Lage ist zum Explodieren, so fragen sich viele: Welche Lage? Und wieder andere sehen die feministische Bewegung darin, Frauen nippel auf Instagram zu befreien. Das sind – so traurig es ist – die zwei großen Gruppen von Feminist:innen, die wir momentan zu bieten haben. Dass immer mehr Frauen in die Frauenarmut laufen, das scheint nicht sehr viele zu interessieren. Die einen betrifft es nicht, die anderen kümmert es – noch – nicht.

Die Wut, die ich an diesem Tag empfinde, kommt daher, dass nichts Neues in die richtige Richtung geschieht. Die richtige Richtung wäre eine Veränderung, von der alle Frauen profitieren würden. Geldscheinchen, oida! Also faire Gehälter, Care-Arbeit ausbezahlen, oder gratis Menstruationsartikel – es gäbe so viel und das Geld

wäre da. Frauen tragen schon seit immer dieses System und es wäre an der Zeit, uns dafür zu entlohnen. Stattdessen wird viel geredet, meistens dasselbe vom Vorjahr und den Jahren davor. Es wird über Kopftücher geurteilt und sie werden verboten, aber sonst kommt da nix. Frauen sollen selbst über ihre Leben bestimmen dürfen, darüber diskutieren wir immer noch, kritisieren jedoch andere Länder, die genau diesen Punkt genauso wenig oder weniger gut auf die Reihe bringen, und sind jedoch wenig besser. Oder vielleicht nur scheinbar besser. Und das ist wirklich frustrierend.

Vor zwei Jahren hatte ich einen persönlichen, feministischen Durchbruch, als meine Tochter eine Ballettaufführung im Theater Akzent hatte. Die Lehrer:innen sind aus der Staatsoper, das Semester kostet nicht wenig und schon bei der Generalprobe wurde ich von den anderen Müttern aufgrund meines Hofersackerls und meinem grünen Fitnessoutfit wie ein Alien angesehen. Aber ich bin eine Donaustädter-Ghetto-Lady und steh' dazu. Und dann sah ich meine Mutter, wie sie meine Tochter auf der Bühne beobachtete.



Illustration: Petja Dimitrova

Mein Kind machte seine drei Pirouetten und gleichzeitig sah ich in meiner Mutter das Kind, das sie nie sein durfte. Plötzlich dämmerte es mir, dass meine Mama, nicht als Mama geboren wurde. Auch sie war einmal ein Kind, ein Mädchen, eine junge Frau, mit Träumen, Zielen, Hoffnungen und einem Plan von einem Leben. Mich machte das noch wütender, denn sie hat für die meisten meiner Privilegien gearbeitet. Sie, nicht ich. Sie gehört zu der Gruppe von Frauen, die völlig von Feminist:innen übersehen, ich würde sogar sagen übergangen, wird: Sie ist eine Migramama. Wie viele Frauen haben wir vergessen? Wie viele Frauen fühlen sich ungesehen? Wie viele Frauen suchen nach Zusammenhalt, finden diesen in Feminist:innen aber nicht? Und wie traurig ist es, dass wir mit den Kommunikationsmöglichkeiten heutzutage, nicht miteinander reden? Auf die Frage, was wir erreicht haben, sehe ich uns als einen Haufen Elend, der sich nicht einmal mehr bewegt. Alleine wenn ich daran denke, kommen mir die Worte von Christine Nöstlinger in den Sinn: „Das ist ein bisschen z'wenig.“

## GRAPHIC NOVEL



### Seltsames Ding „Gender“

Mit Kampfbegriffen wie „Genderwahn“ und „Genderideologie“ kampagnisieren rechte Akteur:innen gegen geschlechtergerechte Politik und propagieren traditionelle Rollenbilder. „An Gender ist ziemlich viel strange“, sagen auch die Autor:innen des vorliegenden Sachcomics – jedoch aus völlig anderer Perspektive. Auf 40 Seiten wird gezeigt, dass Geschlecht im Wechselspiel biologischer

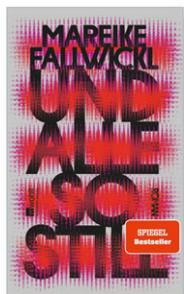
und sozialer Faktoren entsteht – was welchen Einfluss hat, bleibt umstritten. Klar ist: Die Vorstellung nur zweier Geschlechter/Gender ist historisch jung und eng mit dem westlichen Kolonialismus verknüpft. Genderdiversität ist alles andere als neu. In diesem Zusammenhang kommen Inter- und Transgeschlechtlichkeit, aber auch nicht-binäre Genderidentitäten außerhalb westlicher Kontexte ausführlich zur Sprache. Zu althergebrachten Genderkonzepten zurückzugehen, ist weder wissenschaftlich fundiert noch gesellschaftlich angemessen. So ist das Sachcomic ein wichtiges Plädoyer für eine differenzierte Debatte um Geschlecht. (Vina Yun)

Teddy G. Goetz, Sophie Standing

**Gender ist ziemlich strange**

Carl-Auer Verlag, 40 Seiten, 23,50 Euro

## BUCH



### Empört euch!

Mareike Fallwickls neues Buch weckt Empörung über ein Thema, das allgegenwärtig ist, aber viel zu wenig Aufmerksamkeit bekommt: Die Ausbeutung von Frauen und Menschen im Prekariat. Anhand dreier Leben, die sich miteinander verweben, zeigt sie, was mit einer Gesellschaft passiert, wenn sich die Hälfte davon, die Frauen, einfach auf den Boden legt und alles verweigert, was ihr wie selbstverständlich auferlegt

wurde. Da ist Elin, eine junge Influencerin, die ihr Leben damit bringt sich nach außen stark und feministisch zu geben, innerlich aber voller Selbstzweifel ist. Da ist Nuri, ein junger Mann mit Migrationshintergrund, der von einem prekären Job in den nächsten stürzt und hofft, dass er niemandem auffällt. Und da ist Ruth, eine Frau Mitte fünfzig, die sich als Pflegerin in einem Krankenhaus kaputt arbeitet. Fallwickl zeichnet klare Bilder, die den Schmerz, die Erschöpfung und die Unterdrückung schmerzlich bewusst machen. Das Buch hinterlässt einen erschütterten, aber auch mit dem kleinen Funken Hoffnung, dass Frauen eine unglaubliche Macht entfalten können, wenn sie sich verbünden. (Sonja Kittel)

Mareike Fallwickl

**Und alle so still**

Rowohlt Verlag 2024, 368 Seiten, 23,00 Euro

## IMPRESSUM

### MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,  
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,  
F +43 1 524 99 00-9,  
redaktion@momagazin.at,  
www.momagazin.at

### REDAKTION:

Milena Österreicher (Chefredakteurin; mö),  
Karin Wasner (Fotoredaktion), Petja Dimitrova (Porträt-  
Illus), Alexander Pollak (apo), P.M. Hoffmann (Illustra-  
tionen), Eva Vasari (Illustrationen)

### AUTOR:INNEN DIESER AUSGABE:

Menerva Hammad, Sonja Kittel, Naz Küçüktekin, Milena  
Österreicher, Magdalena Pichler, Alexander Pollak,  
Nadja Riahi, Martin Schenk, Helene Schubert,  
Philipp Sonderegger, Vanessa Spanbauer, Edgar Subak,  
Vina Yun

### COVERBILD: Christopher Mavrič

**ARTDIREKTION:** Mitko Javritchev

**LAYOUT-KONZEPT:** Theo Kammerhofer

**DRUCK:** Ferdinand Berger & Söhne GmbH,  
Wiener Straße 80, 3580 Horn

**ANZEIGEN:** Ute Meißnitzer,  
ute.meissnitzer@sosmitmensch.at  
Telefon: +43 1 524 99 00-16

**ABOS:** Maiko Sakurai, abo@momagazin.at  
Telefon: +43 1 524 99 00-23

### VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

**AUFLAGE:** 45.000

### HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,  
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,  
Mail: office@sosmitmensch.at  
Web: www.sosmitmensch.at  
ZVR: 22747570

### OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und  
Herausgeberin: SOS Mitmensch  
Sitz: Wien  
Geschäftsführung: Alexander Pollak,  
Gerlinde Affenzeller  
Obfrau: Zeynep Buyraç  
Grundlegende Richtung: Gegen Diskriminierung,  
für Menschenrechte, Demokratie und Chancen-  
gleichheit.  
ZVR: 22747570

### SPENDEN:

IBAN: AT12 2011 1310 0220 4383  
BIC: GIBAAWXXX  
MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen  
Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,  
Demokratie und Chancengleichheit. Der Nachdruck der  
Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung  
von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn  
das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der  
Fotografien liegen bei den Urheber:innen.  
Falls kein:e Urheber:in ausgewiesen ist:  
SOS Mitmensch.

## ANDERE ÜBER ...

# So kommen wir da raus!

Statt planloser Kürzungs- und rigider Sparpolitik braucht Österreich mehr Investitionen.

KOMMENTAR: HELENE SCHUBERTH

**D**ie Wirtschaft im Dauertief, im Staatsbudget ein Riesenloch, die Arbeitslosigkeit hoch – die Stimmung in Österreich war schon besser. Aus der Krise herauszukommen, ist eine Mammutaufgabe. Aber die gute Nachricht ist: Es kann gelingen. In den vergangenen fünf Jahren gab es unter dem Motto „Koste es, was es wolle“ überbordende Förderungen an Unternehmen, unangetastete Übergewinne – insbesondere bei Energieunternehmen und Banken – sowie Steuerergeschenke an große Konzerne. Trotz Kritik der Gewerkschaften und des Fiskalrates, dass eine Gegenfinanzierung für all die Maßnahmen fehle und dadurch Risiken fürs Budget entstehen würden, wurde nicht gegengesteuert. Dazu kommt, dass neue Fiskalregeln Österreich vertraglich verpflichten, ab 2025 das Budget innerhalb von wenigen Jahren zu konsolidieren. Die neuen EU-Fiskalregeln sind unnötig restriktiv und erkennen nicht an, dass Zukunftsinvestitionen, von denen künftige Generationen profitieren, durchaus schuldenfi-

nanziert sein sollten. Den Fiskalregeln alle notwendigen Investitionen zum Preis einer schlechteren Infrastruktur unterzuordnen, ist nicht der Weisheit letzter Schluss.

Die größte Herausforderung besteht damit darin, das Budget in einer Phase zu konsolidieren, in der weitreichende Investitionen in Konjunktur- und Standortinitiativen unverzichtbar sind.

Die aktuelle Budgetkonsolidierung ist damit ein schwieriger Balanceakt in vielerlei Hinsicht, denn ein Fehler könnte die dringend notwendige wirtschaftliche Erholung im Keim ersticken.

Zudem darf die Budgetkonsolidierung dabei nicht zu Lasten der Arbeitnehmer:innen und des Sozialstaats gehen. Die Lasten müssen fair verteilt werden und vor allem auch jene Akteure, die in den Krisen profitiert haben, müssen einen gerechten Beitrag zur Konsolidierung leisten.

Sparpakete, die auf dem Rücken der Arbeitnehmer:innen geschnürt werden, führen oftmals zu einer niedrigeren Nachfrage, höherer Arbeitslosigkeit und



stärkeren Wohlstandsverlusten. Das hat die Sparpolitik vieler europäischer Länder in der Finanzkrise 2008/09 gezeigt. Darum ist es wichtig, nicht einfach planlos zu kürzen oder nur rigide zu sparen.

Viele Ideen für sinnvolle Investitionen finden sich im 10-Punkte-Plan des ÖGB für Standort und Beschäftigung. Der Plan fasst aus Sicht der Gewerkschaft zusammen, was jetzt getan werden muss. Das wichtigste Gebot ist: Investieren! Nur so können Arbeitsplätze gesichert und der Standort Österreich gestärkt werden.

Es ist möglich, Österreich wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Also gemma's an, wie man umgangssprachlich sagt.

*Der 10-Punkte-Plan des ÖGB findet sich unter: [www.oegb.at/10-punkte-plan](http://www.oegb.at/10-punkte-plan)*

*Helene Schubert ist Ökonomin und Bundesgeschäftsführerin des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB)*

**Wir haben keine  
Angst, staatliche  
Förderungen zu  
verlieren, ...**

**... denn wir  
bekommen keine.**

**Bitte spenden Sie  
JETZT!**



**[www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)**

**SPENDENKONTO: AT12 2011 1310 0220 4383**

**PASS  
EGAL**  
  
**WAHL**  
*AN SCHULEN*



*Mehr Inklusion im  
Klassenzimmer mit der*

**Pass Egal Wahl**

Meldet Eure Schule hier an:  
[www.passegalwahl.at](http://www.passegalwahl.at)

**SOS**  

---

**Mitmensch**